



Presseschau vom 11.03.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt eine Militäroperation in der Ukraine durch, die Streitkräfte der Donbass-Republiken sind mit Unterstützung der russischen Truppen auf dem Vormarsch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen antirussischen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

de.rt.com: YouTube entfernt Dokumentarfilm "Ukraine on Fire" vom Produzenten Oliver Stone

Nach einer vorherigen Altersbeschränkung und knapp zehn Monaten unkommentierter Listung hat YouTube die Dokumentation aus dem Jahre 2016 von seiner Plattform entfernt. Oliver Stone wiederum kommentierte aus seiner Sicht die Ereignisse in der Ukraine. ...

<https://kurz.rt.com/2v1r> bzw. [hier](#)

de.rt.com: Bundeswehr soll Kinder in Schulen über den Ukraine-Krieg aufklären

Sogenannte Jugendoffiziere der Bundeswehr sollen, wenn es nach Bildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) geht, Schulkinder über die Folgen des Ukraine-Krieges für Deutschland aufklären. Dafür ertete die Bildungsministerin scharfe Kritik, aber auch

Zuspruch. ...

<https://kurz.rt.com/2v19> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

20:10 de.rt.com: **"Vollständig inszenierte Provokation": Russisches Verteidigungsministerium zu Berichten über Luftangriff gegen Krankenhaus in Mariupol**

Der offizielle Vertreter des russischen Verteidigungsministeriums, Generalmajor Igor Konaschenkow, hat sich zu Berichten über einen angeblichen russischen Luftangriff auf ein Krankenhaus in der ukrainischen Stadt Mariupol am Mittwoch geäußert. Der Behördensprecher wies die Verantwortung der russischen Luftstreitkräfte für den Vorfall entschieden zurück und wies darauf hin, dass die russische Militärbehörde am Vortag eine Feuerpause für die sichere Evakuierung von Zivilisten in der Stadt ausgerufen hatte.

Konaschenkow sagte:

"Die russische Luftwaffe hat überhaupt keine Angriffe gegen Bodenziele in der Nähe von Mariupol absolviert.

Der Sprecher erinnerte auch an die wiederholten Meldungen russischer Behörden, wonach die medizinischen Einrichtungen in Mariupol einschließlich des betroffenen Krankenhauses Nummer 3 ihren Vollzeitbetrieb bereits Ende Februar eingestellt hatten. Während das Personal und die Patienten der Klinik von den Nationalisten vertrieben worden seien, hätten die Kämpfer des nationalistischen Bataillons Asow das Krankenhausgebäude eingenommen und sich dort in Stellung gebracht. Davon zeugten außerdem die zahlreichen Augenzeugenberichte der Einheimischen zeugen, fügte Konaschenkow. Der Generalmajor erklärte anschließend: "Die Analyse der Erklärungen der Vertreter des nationalistischen Regimes in Kiew sowie der Fotomaterialien aus dem Krankenhaus lässt keinen Zweifel: Der angeblich zustandegewonnene 'Luftangriff' ist eine vollständig inszenierte Provokation, um den antirussischen Wirbel beim westlichen Publikum aufrechtzuerhalten."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/622a5af0b480cc31624d7a69.jpg>

21:49 de.rt.com: **Putin tritt für Idee einer externen Geschäftsleitung für ausländische Unternehmen ein**

Im Gespräch mit den Regierungsmitgliedern hat der russische Präsident Wladimir Putin die

Idee der Einführung einer externen Geschäftsleitung für ausländische Großunternehmen Das Hauptthema der Beratungen des russischen Präsidenten Wladimir Putin mit den Regierungsmitgliedern am Donnerstag waren die Maßnahmen zur Unterstützung der russischen Wirtschaft nach der Verhängung von präzedenzlosen Sanktionen gegen Russland angesichts des Ukraine-Krieges.

In diesem Zusammenhang trat der Präsident für die Idee der Einführung einer externen Geschäftsleitung für die russischen Vertretungen von ausländischen Großunternehmen ein, die den russischen Markt verlassen. Dennoch betonte Putin, Russland wolle sich nicht verschließen und sei bereit, mit allen ausländischen Partnern zu arbeiten:

"Wir selbst haben nicht vor, uns irgendjemandem zu verschließen. Wir sind offen für die Arbeit mit allen unseren Partnern, genau den Partnern, die das auch selbst wollen."

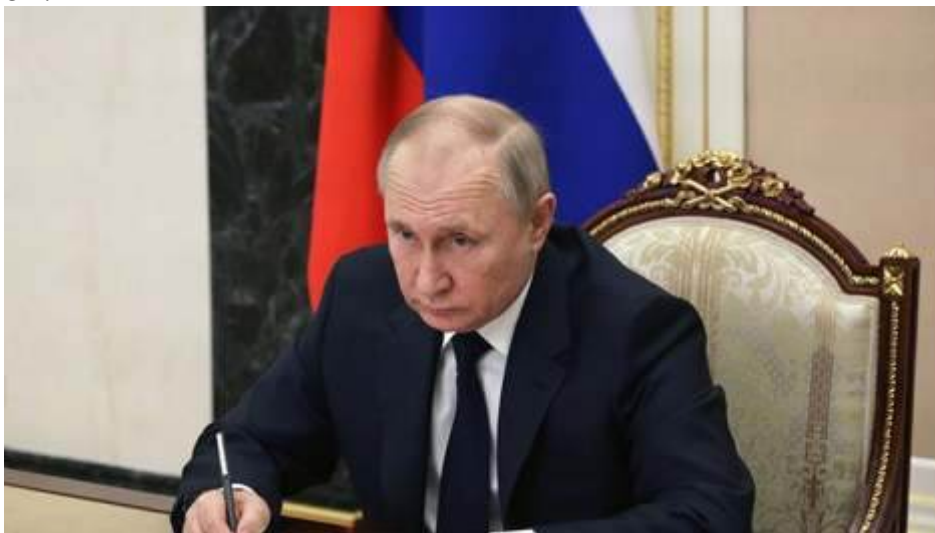
Außerdem unterstrich der Präsident, es gebe genug legitime Marktinstrumente für die Implementierung solcher Maßnahmen. Putin rief demnach dazu auf, keine "Willkür" zuzulassen:

"Die Rechte der ausländischen Investoren und Kollegen, die in Russland bleiben und in Russland arbeiten, müssen zuverlässig geschützt werden."

Auch Ministerpräsident Michail Mischustin betonte im Gespräch am Donnerstag, die wichtigste Aufgabe der Regierung in der aktuellen Situation sei der Erhalt von Arbeitsplätzen. Vor dem Hintergrund, dass viele internationale Unternehmen die Einstellung ihrer Tätigkeit in Russland verkünden, versprach der Ministerpräsident, die Regierung werde die Situation im Auge behalten. Mischustin wörtlich:

"Wenn ausländische Eigentümer das Unternehmen unbegründet schließen, schlägt die Regierung in solchen Fällen vor, eine externe Geschäftsleitung einzuführen. Je nach Beschluss des Eigentümers wird sie über das weitere Schicksal des Unternehmens entscheiden. Gleichzeitig wird die Hauptaufgabe darin bestehen, das Profil der Tätigkeit der Organisation zu bewahren und Arbeitsplätze zu erhalten."

Dem russischen Ministerpräsidenten zufolge gilt die Maßnahme nur in den Fällen einer Schließung der Betriebe von ausländischen Großunternehmen in Russland. Angesichts der aktuellen Situation um den Ukraine-Krieg sowie der rapiden Schwächung der russischen Währung stellen zahlreiche westliche Unternehmen ihre Tätigkeit in Russland vorübergehend ein.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/622a24e648fbef561f0f811b.jpg>

22:45 de.rt.com: **Moskau: In US-finanzierten Laboren in der Ukraine wurde mit Coronaviren experimentiert**

Russland behauptet, dass in den von den USA finanzierten Biolaboren in der Ukraine auch mit Fledermaus-Coronaviren gearbeitet worden sei. Das russische Verteidigungsministerium

zitiert Dokumente, die es in den Einrichtungen erbeutet haben will, während die USA die Entwicklung von Biowaffen bestreiten.

In den von den USA finanzierten Labors in der Ukraine, die letzte Woche von den russischen Streitkräften eingenommen wurden, seien Experimente mit dem Fledermaus-Coronavirus und anderen gefährlichen Krankheitserregern durchgeführt worden. Dies behauptete Moskau am Donnerstag unter Berufung auf in den Einrichtungen sichergestellte Dokumente. Angeblich gab es Pläne, mit dem Virus der Afrikanischen Schweinepest und mit Milzbrand fortzufahren. Igor Konaschenkow, Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, sagte, dass "in den [von den USA] in der Ukraine eingerichteten und finanzierten Biolabors Experimente mit Proben des Fledermaus-Coronavirus durchgeführt wurden, wie aus den Dokumenten hervorgeht". Der russische Beamte behauptete weiter, dass die USA im Jahr 2022 beabsichtigten, "an Krankheitserregern von Vögeln, Fledermäusen und Reptilien zu arbeiten" und zu erforschen, ob diese Tiere "das Virus der Afrikanischen Schweinepest und Milzbrand übertragen können".

Konaschenkow zufolge untersuchten die Wissenschaftler unter anderem die Möglichkeit der Übertragung von Krankheitserregern durch Wildvögel, die zwischen Russland, der Ukraine und anderen Nachbarländern umherziehen.

Am Sonntag gab Russland bekannt, dass es mehrere Labore in der Ukraine eingenommen hat. Offiziellen Stellen in Moskau zufolge teilte das Personal einiger dieser Einrichtungen den russischen Truppen mit, dass die Erreger besonders gefährlicher Krankheiten, darunter die Pest und Milzbrand, nach Beginn der Moskauer Militäroffensive gegen die Ukraine am 24. Februar vernichtet worden seien.

Konaschenkow vermutete, dass das Pentagon befürchtete, seine "geheimen biologischen Experimente" könnten aufgedeckt werden, und die ukrainischen Behörden anwies, Beweise zu vernichten, die auf solche Forschungen hinwiesen.

Wenige Stunden später stellte das russische Verteidigungsministerium [eine Präsentation](#) mit weiteren Details des US-Forschungsprogramms vor. Die Ukraine habe dank ihrer geografischen Lage eine auf der Welt einzigartige Stellung für die transkontinentale Migration von Vögeln, und es wurde an 145 Vogelarten geforscht, so der Sprecher des Ministeriums. Es sei zudem "sehr wahrscheinlich", dass eines der Ziele der USA und ihrer Verbündeten darin besteht, Bioagenten zu entwickeln, die selektiv auf verschiedene ethnische Bevölkerungsgruppen abzielen, fasste der Ministeriumssprecher zusammen. Dokumente aus den ukrainischen Biolaboren sowie die Ergebnisse der nun erfolgenden Prüfung würden vorgestellt und veröffentlicht.

Als Reaktion auf die von Russland am Mittwoch geäußerten Behauptungen beschuldigte Ned Price, der Sprecher des US-Außenministeriums, Moskau, "absichtlich glatte Lügen" zu verbreiten. Laut Price wurden ähnliche Behauptungen, die Russland zuvor aufgestellt hatte, "über viele Jahre hinweg schlüssig und wiederholt entlarvt". Der US-Beamte fuhr fort zu behaupten, dass die jüngsten Erreger-Vorwürfe nichts weiter als ein Vorwand seien, den der Kreml erfunden habe, "um seine eigenen schrecklichen Aktionen in der Ukraine zu rechtfertigen".

Washington beharrte darauf, dass "die Vereinigten Staaten keine chemischen oder biologischen Labore in der Ukraine besitzen oder betreiben und dass sie ihre Verpflichtungen im Rahmen des Chemiewaffenübereinkommens und des Übereinkommens über biologische Waffen in vollem Umfang erfüllen". Das US-Außenministerium beschuldigte stattdessen Moskau, "aktive chemische und biologische Waffenprogramme" zu betreiben. Auch die Ukraine hat das Vorhandensein von Einrichtungen zur Entwicklung biologischer Waffen auf ihrem Territorium bestritten.

Die amerikanische Botschaft in Kiew bestätigte unterdessen, dass das US-Verteidigungsministerium "mit Partnerländern zusammenarbeitet", aber nur, um "der Gefahr von Ausbrüchen zu begegnen". Auch Victoria Nuland, Staatssekretärin im US-

Außenministerium für politische Angelegenheiten, erklärte, dass Washington sich an den Bemühungen beteiligt sicherzustellen, dass kein "Material", das die Ukraine in ihren Biolaboren aufbewahrt, an das russische Militär gelangt. Nuland sagte am Dienstag vor dem Ausschuss für auswärtige Beziehungen des US-Senats:

"Die Ukraine verfügt über biologische Forschungseinrichtungen, bei denen wir in der Tat besorgt sind, dass russische Truppen oder russische Streitkräfte versuchen könnten, die Kontrolle darüber zu erlangen."

Auch China machte mittlerweile deutlich, dass es von den US-Erklärungen nicht ganz überzeugt ist, und forderte Washington auf, relevante Daten "so bald wie möglich" offenzulegen. Der Sprecher des Außenministeriums, Zhao Lijian, betonte am Dienstag vor Journalisten, Peking verfüge über Informationen, die darauf hindeuten, dass die besagten Labors in der Ukraine nur die "Spitze eines Eisbergs" seien. Zhao behauptete weiter, dass das Pentagon "336 biologische Labors in 30 Ländern auf der ganzen Welt" kontrolliere, wobei das geheime Programm unter dem Deckmantel der Bemühungen um die "Verringerung von Biosicherheitsrisiken" und die Stärkung der "globalen öffentlichen Gesundheit" laufe.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/622a6132b480cc31624d7a71.jpg>

vormittags:

6:30 de.rt.com: USA und Großbritannien warnen vor angeblichem russischem Angriff mit "dreckiger" Bombe

Russland wird von den USA und vom Vereinigten Königreich vorgeworfen, angeblich einen biologischen oder chemischen Angriff auf die Ukraine zu planen. Die Anschuldigungen erfolgten ausgerechnet nach den Enthüllungen des russischen Verteidigungsministeriums, welche die Existenz von Biolaboren der USA in der Ukraine belegen.

Bei einer Pressekonferenz am Mittwoch warnte die Pressesprecherin des Weißen Hauses Jen Psaki in der US-Hauptstadt Washington, D.C. erneut, dass Russland angeblich einen "Angriff" mit chemischen oder biologischen Waffen auf die Ukraine planen könnte:

"Wir sollten alle auf der Hut sein", meinte sie.

Die neuerliche Welle unbegründeter Behauptungen von Vertretern einzelner NATO-Bündnisstaaten, ein russischer Angriff – womöglich unter falscher Flagge – würde angeblich kurz bevorstehen, ist vermutlich eine Desinformationskampagne als Entgegnung des Westens auf die neuesten [Enthüllungen](#) des russischen Verteidigungsministeriums, die bereits früher existierende [Gerüchte](#) über ein geheimes, von den USA in der Ukraine betriebenes Bioforschungsprogramm nun belegen konnten.

In der Zwischenzeit wurde die Existenz dieser Biolabore im US-Auftrag sogar durch die Staatssekretärin im US-Außenministerium für politische Angelegenheiten Victoria Nuland

[bestätigt](#). Doch entgegen allen vorliegenden Beweisen bezeichnete Psaki diese Enthüllung mutmaßlicher US-Bio- und Chemiewaffen-Labore in der Ukraine erneut als "absurd" und bezichtigte vielmehr Russland, sich mit den Enthüllungen "eines offensichtlichen Tricks" zu bedienen, um "weitere vorsätzliche, unprovokierte Angriffe zu rechtfertigen".

Auch andere westliche Beamte hätten ja einem BBC-[Bericht](#) zufolge Befürchtungen über eine vermeintlich bevorstehende "biochemische Attacke" Russlands geäußert. So sollen diese gegenüber der BBC erklärt haben, sie seien angeblich "sehr besorgt" über das Risiko einer möglichen Eskalation des Krieges und insbesondere über die Möglichkeit, dass Russland nichtkonventionelle Waffen (laut Definition: chemische Waffen, taktische Atomwaffen, biologische Waffen und "schmutzige" Bomben) einsetzen könne.

"Wir haben guten Grund, besorgt zu sein", sagte ein westlicher Beamter am Donnerstag der BBC. Demnach sei die Sorge auf die in der Vergangenheit gemachten Erfahrungen mit Russlands Verbündeten in anderen Ländern, insbesondere in Syrien, zurückzuführen, wo angeblich chemische Waffen von ihnen eingesetzt worden wären. So verwies auch dieser Beamte wiederum auf die am Vorabend durch Jen Psaki erfolgten Anschuldigungen, Russland würde einen "biochemischen Angriff" in der Ukraine planen:

"Frau Psaki sagte: 'Wir sollten alle auf der Hut sein, dass Russland möglicherweise chemische oder biologische Waffen in der Ukraine einsetzt oder eine Operation unter falscher Flagge durchführt' – das ist ein klares Muster."

Zuvor hatte das britische Verteidigungsministerium am Mittwoch in einem [Tweet](#) auf Twitter behauptet, Russland habe in der Ukraine [Raketenwerfer](#) mit thermobaren Sprengköpfen eingesetzt. Diese Sprengköpfe werden auch als [Aerosol- oder Vakuumbomben](#) bezeichnet, da sie Sauerstoff aus der Umgebungsluft absaugen und eine Hochtemperatur-Explosion erzeugen, was verheerende Auswirkungen auf die im Explosionsradius befindlichen Menschen hat.

In einem [späteren Tweet](#) erklärte das Verteidigungsministerium Großbritanniens, es sei wahrscheinlich, dass "erfahrene Söldner" privater russischer Militärunternehmen, die mit dem Kreml verbunden seien, in der Ukraine kämpfen. Diesen wird laut britischem Verteidigungsministerium vorgeworfen, bereits früher Menschenrechtsverletzungen in Afrika und dem Nahen Osten, insbesondere in Syrien, Libyen und der Zentralafrikanischen Republik, begangen zu haben.

In den vergangenen Tagen hatte auch Russland mehrfach vor ähnlichen, in diesem Falle von der Ukraine [geplanten Angriffen](#) unter falscher Flagge gewarnt. Demnach plane die Ukraine den Bau einer sogenannten schmutzigen Bombe, bei deren Einsatz radioaktives Material freigesetzt werden würde. Zuvor hatte der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij im Februar auch angedeutet, über den Bau eigener Atombomben in der Ukraine nachzudenken. Als chemische Waffen werden laut der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW), deren Aufgabe es ist, die Einhaltung des Chemiewaffenübereinkommens zu überwachen, solche Chemikalien als Waffen eingesetzt beschrieben, die aufgrund ihrer toxischen Eigenschaften vorsätzlich Tod oder Schaden verursachen.

Unabhängig von einem gültigen militärischen Ziel verbietet das [Völkerrecht](#) den Einsatz chemischer Waffen, da ihre Wirkung von Natur aus wahllos ist und darauf abzielt, überflüssige Verletzungen und unnötiges Leid zu verursachen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6229ff64b480cc6557408c4f.jpg>
mil-lnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberleutnant I.M. Filiponenko zur Lage am 11.3.2022**

In Gefechten mit Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden erhebliche Verluste an Personal und Militärtechnik:

105 Mann;

1 Panzer;

2 Schützenpanzer;

3 Panzertransporter;

2 Artillerie- und Abwehrraketengeschütze;

3 Antipanzerraketenkomplexe;

1 Drohne vom Typ „Krylo“.

Trotz der Niederlagen an der Front setzt der Gegner den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur der frontnahen Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der LVR im GZKK **4 Beschießungen** des Territoriums der LVR auf **3 Ortschaften** der Republik erfasst, in deren Folge in Stachanow das Stachanower mechanische Reparaturwerk beschädigt wurde.

Für die Feuerleitung setzte der Gegner eine Drohne des Typs „Krylo“ ein, die operativ entdeckt und durch gemeinsame Anstrengungen der Luftabwehr und der elektronischen Kriegsführung der Volksmiliz zum Landen gezwungen wurde. Um die Feueraktivität auf friedliche Bürger der Republik zu unterbinden, wurden die **Positionen der ukrainischen Streitkräfte, von denen aus geschossen wurde, operativ entdeckt und vernichtet.**

8:26 de.rt.com: **WHO empfiehlt Ukraine Vernichtung gefährlicher Krankheitserreger in Labors**

Um eine Freisetzung zu verhindern, empfiehlt die WHO der Ukraine die Vernichtung gefährlicher Krankheitserreger in den Biolabors des Landes. Russland erklärt, dass die Ukraine mit Hilfe der USA biologische Waffen entwickelt hat. Kiew und Washington bestreiten dies.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat den Behörden der Ukraine empfohlen, in den Labors des Landes befindliche "hochgefährliche Krankheitserreger" zu vernichten, um zu verhindern, dass sich Krankheiten in der Bevölkerung ausbreiten. Dies berichtete die Nachrichtenagentur Reuters unter Berufung auf eine Erklärung der Organisation.

Laut der Meldung verfügt die Ukraine wie viele weitere Länder über Laboratorien, die Forschungsarbeiten im Bereich der öffentlichen Gesundheit durchführen. Sie untersuchen,

wie die Auswirkungen der Bedrohung durch gefährliche Krankheiten, die sowohl Tiere als auch Menschen befallen, eingedämmt werden können. Die WHO teilte Reuters mit, dass sie mit ukrainischen Labors zusammenarbeite und wies darauf hin:

"Im Rahmen dieser Arbeit hat die WHO das ukrainische Gesundheitsministerium und andere zuständige Behörden aufgefordert, hochgefährliche Krankheitserreger zu vernichten, um mögliche Freisetzungen zu verhindern."

Allerdings machte die WHO keine Angaben, wann die Empfehlung ausgesprochen wurde und ob die ukrainischen Behörden sie umgesetzt haben. Auch nannte man keine Details zu den Arten von Krankheitserregern oder Toxinen, die in ukrainischen Labors gelagert werden. Reuters schrieb unter Berufung auf Biosicherheitsexperten, das Risiko, dass Labors im Rahmen von Kampfhandlungen beschädigt werden könnten, sei hoch.

Russland behauptet, dass die Ukraine mit Unterstützung des Pentagons biologische Waffen entwickelt. Nach Angaben von Igor Konaschenkow, dem Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, wurde das Laborpersonal nach Beginn der russischen Militäroperation im Land angewiesen, neben anderen besonders gefährliche Erreger verschiedener Krankheiten wie Cholera, Milzbrand, Pest, Tularemie dringend zu vernichten. Laut Konaschenkow hatten die US-Behörden Bedenken, dass "geheime biologische Experimente" aufgedeckt werden könnten.

Maria Sacharowa, die Sprecherin des russischen Außenministeriums, bezeichnete die US-amerikanischen Biolabore auf dem Territorium der Ukraine als "Instrument einer direkten Bedrohung Russlands". Der Leiter des russischen Ermittlungskomitees Alexander Bastrykin ordnete eine Überprüfung der Daten an.

Russland beantragte eine Sitzung des UN-Sicherheitsrates zu den militärischen und biologischen Aktivitäten der USA in der Ukraine.

Unterdessen bezeichnete Washington die Anschuldigungen aus Moskau als Desinformation und "glatte Lügen". Das US-Außenministerium versicherte, dass die US-Behörden die Bestimmungen des Übereinkommens über chemische und biologische Waffen einhielten.

Avril Haines, die Leiterin des Nationalen Nachrichtendienstes der USA, betonte, dass die Ukraine nicht an der Herstellung biologischer Waffen beteiligt sei und dass die Laboratorien auf dem Territorium des Landes in der Biosicherheits- und Gesundheitsforschung tätig seien.

Auch Kiew weist die Vorwürfe Moskaus zurück. Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij betonte, dass sich die Labors, die nach der Sowjetzeit im Land verblieben sind, "mit normaler Wissenschaft" und nicht mit Militärtechnologie befassen würden. Die Ukraine habe niemals biologische, chemische oder andere Massenvernichtungswaffen entwickelt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/622aec0c48fbef547a76da2b.jpg>

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 11.3.22 um 10:30 Uhr

Die Situation an der Kontaktlinie bleibt angespannt.

Artillerieeinheiten der bewaffneten Formationen der Ukraine verüben weiter zielgerichtet massive Artillerieschläge auf Wohngebiete von Ortschaften der Donezker Volksrepublik.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner 28-mal das Feuer auf unser Territorium unter Einsatz von 122mm-Mehrfachraketenwerfern, 122mm-Rohrartillerie, 120mm- und 82mm-Mörsern sowie verschiedener Granatwerfer **eröffnet**.

Unter Beschuss gerieten **21 Ortschaften** der Republik.

Infolge der ukrainischen Aggression gibt es Opfer unter der Zivilbevölkerung. **Acht Zivilisten, darunter zwei Kinder, wurden verletzt**. 20 Wohnhäusern und ein Fahrzeug wurden beschädigt.

Die Materialien zur Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Vertreter von internationalen Organisationen sowie an die

Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Die Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien weiter Ortschaften von ukrainischen Nationalisten.

In den letzten 24 Stunden wurde die **Kontrolle über Wolnowacha, Selenyj Gaj, Olginka und Anadol hergestellt**.

In Wolnowacha haben Soldaten der technischen Einheiten der Donezker Volksrepublik mit der Säuberung sozial bedeutsamer Objekte von explosiven Gegenständen begonnen, die Antidiversionsmaßnahmen werden abgeschlossen. Der Zivilbevölkerung wird humanitäre und qualifizierte medizinische Hilfe geleistet.

In Mariupol befreien Soldaten der Donezker Volksrepublik weiter Wohngebiete von ukrainischen Nationalisten, die sich hinter friedlichen Einwohnern verstecken und aus Feuerpositionen schießen, die in den oberen Etagen und auf Dächern von Wohnhäusern eingerichtet sind.

Unter Gefahr für das eigene Leben haben unsere Verteidiger **35 Menschen, darunter acht Kinder, aus der Kampfzone evakuiert**.

Soldaten der Donezker Volksrepublik haben einen Panzer, zwei Schützenpanzer, ein Panzerfahrzeug sowie sechs ausländische Komplexe NLAW und Javelin eingenommen.

Neun Soldaten der 36. Marineinfanteriebrigade haben freiwillig die Waffen niedergelegt und sind auf die Seite der Donezker Volksrepublik übergegangen.

Wir rufen die ukrainischen Offiziere, Soldaten und Unteroffiziere ein weiteres Mal auf! Ihr Kommando hat Sie im Stich gelassen. Warten Sie nicht auf einen Befehl, die Waffen niederzulegen. Nur Sie können das Blutvergießen beenden. Erhalten Sie Ihr Leben, legen Sie die Waffen nieder und gehen Sie nach Hause.

Bei der Befreiung von Ortschaften werden **neue Fälle von Kriegsverbrechen der ukrainischen nationalistischen Formationen und ihrer Komplizen entdeckt**, die die örtlichen Einwohner der besetzten Gebiete über acht Jahre terrorisiert haben.

Wir verfügen über Datenträger und verschiedene Dokumente, die bei der Untersuchung der befreiten Ortschaften Wolnowacha, Starognatowka und Nowotroizkoje gefunden wurden, in denen sich Listen von Mitarbeitern des SBU und mit ihnen zusammenarbeitenden örtlichen Einwohnern befinden, die ihre Bekannte und Nachbarn, die die Verherrlichung von Nazi-Verbrechen und die repressive Ukrainisierung nicht unterstützen, denunziert haben und außerdem Informationen über militärische Objekte, Soldaten und Einwohner der Donezker Volksrepublik weitergegeben haben.

Derzeit bearbeiten Spezialisten der Rechtsschutzorgane die Informationen, sie stellen den Aufenthaltsort der Nazi-Kollaborateure und den Grad ihrer Beteiligung an den Verbrechen fest.

Wir warnen die Personen, die noch immer auf etwas hoffen und weiter mit den Nationalisten und ukrainischen Spezialdiensten zusammenarbeiten: die verdiente Strafe wird jeden von

Ihnen mit der gesamten Härte des Gesetzes erreichen.

9:00 de.rt.com: **Benzin in Russland wird immer billiger**

Der russische Föderale Antimonopoldienst sieht nach einem Rückgang der Großhandelspreise die Voraussetzungen für niedrigere Benzinpreise im Einzelhandel in Russland. Das verkündete der Leiter des Dienstes, Maxim Schaskolski, am Donnerstag in einer Rede vor der Staatsduma:

"Derzeit sinken die Großhandelspreise für Kraftstoffe, die Logistik hat sich nicht verändert, die Mengen sind ausreichend. Die Voraussetzungen für eine Senkung der Einzelhandelspreise gibt es ebenfalls."

Nach Angaben der Moskauer Kraftstoffvereinigung blieben die Benzinpreise an den Moskauer Tankstellen seit Ende Februar stabil, obwohl sie zuvor um etwa 0,02 bis 0,05 Prozent pro Woche stiegen. In anderen Regionen sanken die Preise an den Tankstellen jedoch bereits, vor allem bei unabhängigen Tankstellenketten, die Benzin an der Börse kaufen – über Händler oder direkt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/622af3df48fbef55f01077d4.jpg>

11:20 (9:20) novorosinform.org: **In den befreiten Regionen der LVR wurden Straßennamen von 2014 wieder eingeführt**

Die Namen von Straßen und anderen städtebaulichen Objekten, die seit dem 18. Mai 2014 geändert wurden, werden wieder eingeführt. Das entsprechende Dekret wurde vom Oberhaupt der Republik Leonid Pasetschnik unterzeichnet.

Die Änderungen betreffen das Gebiet der LVR, das nach dem 19. Februar dieses Jahres von den ukrainischen Sicherheitskräften befreit wurde, berichtet das Informationszentrum Lugansk.

Gemäß dem Dekret müssen die Straßen, Gassen, Boulevards, Alleen und andere Objekte, die durch Entscheidungen der ukrainischen Führung umbenannt wurden, ihre früheren Namen zurück bekommen.

Zuvor hatte das Oberhaupt der LVR, Leonid Pasetschnik, mitgeteilt, dass ein Kreditprogramm für Landwirte in den von den Streitkräften der Ukraine befreiten Regionen der Republik gestartet wurde.



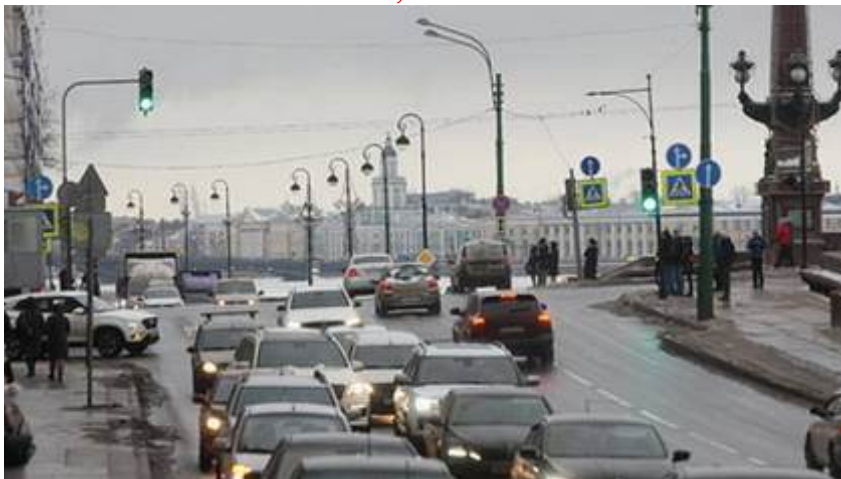
https://novorosinform.org/content/images/07/23/40723_720x405.jpg

11:46 (9:46) novorosinform.org: **Eine Drohne hat gefilmt, wie die Nazisten die Bewohner nicht aus Tschernigow herauslassen**

Ukrainische Radikale blockierten die Durchfahrt eines Konvois von Zivilfahrzeugen, um ihn als menschlichen Schutzschild zu verwenden, berichtet die Zeitung „Russkaja Wesna“. Das [von einer Drohne aufgenommene Filmmaterial](#) zeigt, wie Menschen in schwarzen Uniformen die Bewegung eines Autokonvois anhalten. Einige Autos begannen, in die entgegengesetzte Richtung zu drehen.

"Die Nazis blockieren eine friedliche Kolonne, um sie als menschlichen Schutzschild zu benutzen", schreibt die Zeitung.

Zuvor sagte der offizielle Vertreter der Volksmiliz der DVR, Eduard Basurin, dass viele humanitäre Korridore aufgrund der Aktionen ukrainischer Radikaler nicht funktionieren, die den Bewohnern nicht erlauben, die Städte zu verlassen.



https://novorosinform.org/content/images/07/28/40728_720x405.jpg

9:48 de.rt.com: **Putin stimmt dem Einsatz von freiwilligen Kämpfern aus Nahost in der Ukraine zu**

Der russische Präsident Wladimir Putin hat am Freitag dem Vorschlag des Verteidigungsministers zugestimmt, Freiwillige in die Ukraine zu holen. 16.000 Freiwillige aus dem Nahen Osten ständen bereits bereit. Außerdem unterstützte er die Idee, im Westen hergestellte Ausrüstung, Panzer und Kleinwaffen in den Donbass zu bringen.

Bei einem Treffen mit ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates sagte Putin am Freitag: „Wenn Sie sehen, dass es Menschen gibt, die auf freiwilliger Basis, nicht für Geld, anreisen und den Menschen helfen wollen, die im Donbass leben, dann müssen Sie ihnen

entgegenkommen und helfen, in das Kriegsgebiet zu gelangen.“

Laut dem russischen Verteidigungsminister Sergei Shoigu seien etwa 16.000 Freiwillige aus dem Nahen Osten bereit, in die Volksrepubliken Donezk und Lugansk zu reisen.

Putin zufolge mache auch der Westen keinen Hehl daraus, dass er Söldner in die Ukraine schicke: "Sie tun dies offen und unter Missachtung aller Normen des Völkerrechts."

Außerdem unterstützte der russische Präsident den Vorschlag des Verteidigungsministers, Waffen aus westlicher Produktion, einschließlich Javelin- und Stinger-Waffen, die sich in den Händen des russischen Militärs befinden, an das Militär der Volksrepubliken Donezk und Lugansk zu übergeben.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/622b108fb480cc1c4d14c2ae.jpg>

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Die militärisch-politische Lage bei der gemeinsamen Operation der DVR, der LVR und der RF um 11:00 Uhr**

Die Streitkräfte der RF und die Truppengruppierung der DVR setzen erfolgreich weiter die gestellten Aufgaben in allen Richtungen um. Seit Beginn der Operation zur Demilitarisierung und Denazifizierung wurden 3213 Objekte der militärischen Infrastruktur der Ukraine vernichtet.

Der oberste Kommandeur der Streitkräfte der Russischen Föderation, der Präsident der RF Wladimir Putin hat in einer weiteren Ansprache erklärt, dass die Hilfe für die Einwohner des Donbass eine Pflicht Russlands ist, anders kann nicht vorgegangen werden.

„Die Unterstützung der Menschen zeugt davon, dass Russland richtig vorgeht, indem es dem Donbass hilft“, unterstrich er.

Putin erinnerte daran, dass die Sanktionen gegen Russland in jedem Fall erfolgt wären, unabhängig von der Entscheidung zur Rettung der Bevölkerung der Region.

Das russische Staatsoberhaupt fügte hinzu, dass die Ökonomie unseres Landes an die neue Situation angepasst wird. Die Sanktionen werden nur eine Zunahme der Unabhängigkeit und Souveränität Russlands führen.

Nach Angaben des Verteidigungsministeriums der RF haben sich bereits mit als 2.600.000 Menschen in der Ukraine aus 2000 Ortschaften an Russland um Hilfe bei der Evakuierung gewandt, trotz aller Versuche der Vertreter Kiews und der nationalistischen Formationen, die humanitären Prozesse zu blockieren. Entgegen der Blockade von Seiten der Kämpfer konnten unsere Verteidiger schon mehr als 220.000 Menschen aus gefährlichen Zonen in der Ukraine evakuieren, 50.000 von ihnen sind russische Bürger, die übrigen Bürger der DVR, LVR, der Ukraine und anderer Staaten.

Die Neonazis halten weiter mehr als 7000 Bürger aus 21 ausländischen Staaten als Geiseln. ...

Russland hat offiziell eine Sondersitzung des UN-Sicherheitsrats am 11. März erbeten.

Diese wird dem militärischen biologischen Programm der USA in der Ukraine gewidmet sein. Die Führung von Interpol hat die Erklärung der ukrainischen Seite dementiert, dass Russland aus der Organisation ausgeschlossen wurde, aber sie behandelt Änderungen im Umgang mit Anfragen an die Organisation aus Moskau.

Das Außenministerium Russlands unterstrich, dass die Länder des „nuklearen Quintetts“ trotz der existierenden Konflikte die Meinung über die Unmöglichkeit es Atomkriegs teilten.

Der Pressedienst des Weißen Hauses hat ein weiteres Mal eine Unterstützung der ukrainischen Führung verweigert: Die USA haben nicht die Absicht, Truppen in die Ukraine zu schicken, selbst dann nicht, falls dort nicht konventionelle Waffen eingesetzt werden.

Dabei will Joe Biden heute mit einem Vorschlag an die weltweiten Führer auftraten, die Handelsbeziehungen mit Russland einzustellen.

Eine Reihe amerikanischer Senatoren forderte vom US-Präsidenten, unverzüglich Kiew Militärflugzeuge, Luftabwehrsysteme und andere Waffen zur Verfügung zu stellen.

Die kasachische Fluggesellschaft Air Astana hat sich den Sanktionen gegen Russland angeschlossen und die Flüge in die RF und über ihrem Territorium gestoppt.

Die Premierministerin von Estland Kaja Kallas hat wieder von den westlichen Ländern Lieferungen von Angriffswaffen an Kiew für den Kampf gegen Russland gefordert.

Wladimir Selenskij hat in einer Ansprache an die Bevölkerung mitgeteilt, dass die bakteriologischen Labore der USA in der Ukraine sich nicht mit der Herstellung von militärischen Technologien erfassen, trotz der vorliegenden Dokumente und biologischen Materialien, die das Gegenteil bestätigen.

10:48 de.rt.com: **Facebook und Instagram erlauben jetzt offiziell Aufrufe zur Gewalt gegen Russen**

Die sozialen Medienplattformen von Meta haben ihre Richtlinien für Hassreden gelockert. Nun seien eine gewaltverherrlichende Rhetorik und Forderungen nach dem Tod von Russen erlaubt – wenn das Gesprächsthema Moskaus Militäroffensive in der Ukraine ist.

Meta hat bestätigt, dass Hassreden, die zu Gewalt aufrufen, jetzt auf Facebook und Instagram erlaubt sind – solange die Zielpersonen Russen sind und das Gesprächsthema sich auf Moskaus Militäroffensive in der Ukraine bezieht.

Die überarbeiteten Regeln zu Gewalt und Aufstachelung gelten in bestimmten Ländern – wie etwa der Ukraine und Polen – und erlauben eine gewaltverherrlichende Rhetorik gegen Russen und russische Soldaten.

Die Nachrichtenagentur Reuters berichtete am Donnerstag erstmals über die Änderung der Richtlinien, unter Berufung auf interne E-Mails von Meta Platforms, der Muttergesellschaft von Facebook und Instagram. Die erste Schlagzeile von Reuters lautete:

"Facebook und Instagram erlauben vorübergehend Gewaltaufrufe gegen Russen"

Wenig später wurde sie aber in "Facebook erlaubt vorübergehend Beiträge zum Ukraine-Krieg, die Gewalt gegen einmarschierende Russen oder Putins Tod einfordern" geändert. Die Änderung kam, nachdem Meta-Sprecher Andy Stone die Meldung als "Aufsehen erregend" bezeichnet hatte. Er erklärte:

"Als Folge der russischen Invasion in der Ukraine haben wir vorübergehend Formen der politischen Meinungsäußerung zugelassen, die normalerweise gegen unsere Regeln verstoßen würden, z.B. Gewaltaufrufe wie 'Tod den russischen Invasoren'."

Stone fügte hinzu: "Wir werden weiterhin keine glaubwürdigen Aufrufe zur Gewalt gegen russische Zivilisten zulassen."

Außerdem würden die Plattformen von der Zensur von Beiträgen absehen, die den Tod des russischen Präsidenten Wladimir Putin oder des weißrussischen Staatschefs Alexander Lukaschenko einfordern. Das berichtet Reuters unter Berufung auf E-Mails, die an Content-Moderatoren von Meta verschickt wurden. Darin wurde den Verantwortlichen für die Inhalte

auf den Plattformen angeblich geraten, Aufrufe zur Ermordung von Putin oder Lukaschenko zuzulassen, solange in den Beiträgen keine anderen Zielgruppen erwähnt würden.

In einer der von Reuters zitierten E-Mails wurde angeblich klargestellt, dass es auch zulässig sei, Russen im Allgemeinen anzugreifen, "wenn klar ist, dass der Kontext die russische Invasion in der Ukraine ist." Hassreden gegen Kriegsgefangene seien aber nach wie vor tabu, hieß es demnach weiter in der E-Mail.

Zu den anderen Ländern, in denen Kommentatoren grünes Licht erhalten haben für die Aufforderung zur Gewalt gegen Russen, gehören Berichten zufolge Lettland, Litauen, die Slowakei, Ungarn und Rumänien. Die überarbeiteten Regeln gelten darüber hinaus auch in Russland, wenngleich Facebook in diesem Land verboten ist. Das soziale Netzwerk hatte Ende Februar russische Medien für Nutzer in Europa gesperrt. Das veranlasste wiederum Moskau dazu, den Zugang zu der Plattform in Russland zu blockieren.

Die jüngste Lockerung der Meta-Richtlinien folgt auf einen Bericht vom Februar 2022, wonach Facebook seinen Nutzern weltweit erlaubt hatte, die ukrainischen Aow-Bataillone zu loben, eine Miliz mit Verbindungen zum Neonazismus. Zuvor waren derartige Kommentare im Rahmen der Facebook-Standards "über gefährliche Personen und Organisationen" verboten. Die Plattform lockerte jedoch die Regel, sodass die Nutzer die Aktivitäten der Gruppe zur Verteidigung der Ukraine nun loben können.

Facebook ist mit rund 2,9 Milliarden Nutzern die größte Social-Media-Plattform der Welt, während Instagram mit fast 1,5 Milliarden Nutzern auf Platz 4 liegt.

Die Entscheidung, Hassreden gegen Russen zu erlauben, fällt in eine Zeit, in der es weltweit vermehrt zu Diskriminierungen und antirussischen Angriffen kommt. Eine russisch-orthodoxe Kirche in der kanadischen Stadt Calgary wurde von Vandalen mit roter Farbe beschmiert. Auch das Restaurant "Russia House" in Washington – nur etwas mehr als eine Meile vom Weißen Haus entfernt – wurde von Vandalen attackiert, obwohl der Besitzer eigentlich kein Russe ist.

Einige Politiker haben in der letzten Zeit offenbar gleichfalls die antirussische Stimmung geschürt. So schlug etwa Eric Swalwell, ein US-amerikanischer Politiker der Demokratischen Partei, vor, dass man alle russischen Studenten an US-amerikanischen Universitäten aus dem Land werfen sollte. Michael McFaul, der von 2012 bis 2014 während der Präsidentschaft von Barack Obama US-Botschafter in Russland war, erklärte auf dem Kurznachrichtendienst Twitter, dass alle Russen an dem Angriff auf die Ukraine schuld seien. Er schrieb:

"Es gibt keine 'unschuldigen', 'neutralen' Russen mehr."

Auch russische Sportler und sogar russische Katzen wurden bereits von internationalen Wettbewerben ausgeschlossen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/622b0b0248fbef5b3b259e92.jpg>

13:15 (11:15) novorosinform.org: **"Sie werden in den Kessel genommen": Ein Milizionär**

nannte die Frist für den Abschluss der Spezialoperation in der Ukraine

Russlands Spezialoperation zur Entmilitarisierung des ukrainischen Staates wird innerhalb eines Monats abgeschlossen sein, glaubt Alexander Shutschkowskij, ein Kämpfer der DVR. Die ukrainischen bewaffneten Formationen bauen seit mehreren Jahren eine mehrschichtige Verteidigung im Donbass auf, erinnert Shutschkowskij laut der Föderalen Nachrichtenagentur unter Bezugnahme auf Ukraina.ru.

Laut Shutschkowskij habe es wenig Sinn, die ukrainischen Befestigungen direkt zu durchbrechen, da russische Truppen die Positionen der Streitkräfte der Ukraine einnehmen können, indem sie einen Ring von Süden und Norden bilden.

„Wenn sie wirklich in den Kessel genommen werden, werden sie sagen, dass es das war. Es gibt keine Macht in der Ukraine, es gibt keinen Generalstab, es gibt kein Kommando, es gibt niemanden, der Befehle erteilt“, erklärte er.

Laut Shutschkowskij könnte die militärische Sonderoperation Russlands in der Ukraine in etwa einem Monat abgeschlossen sein.



https://novorosinform.org/content/images/07/40/40740_720x405.jpg

11:25 de.rt.com: "Zurück ins Jahr 1917" - Russischer Milliardär Potanin gegen Beschlagnahme ausländischer Betriebe

Wladimir Potanin, einer der reichsten Geschäftsleute Russlands, hat Forderungen kritisiert, die Vermögenswerte ausländischer Unternehmen, die den russischen Markt gerade verlassen, zu nationalisieren. Ihm zufolge werde dieser Schritt das Land in das Jahr 1917 zurückversetzen.

Der 61-jährige Unternehmer und Leiter des Bergbaukonzerns Nor Nickel Wladimir Potanin findet, dass eine Nationalisierung stillgelegter ausländischer Betriebe zu einem weltweiten Misstrauen unter Investoren gegenüber Russland führen könnte, das das Land noch viele Jahrzehnte lang spüren wird. Der Schritt könnte Russland "hundert Jahre zurückversetzen, ins Jahr 1917".

Die Entscheidung vieler Unternehmen, ihren Betrieb in Russland einzustellen, sei emotional und womöglich aufgrund des beispiellosen Drucks im Ausland getroffen worden. Potanin ist der Ansicht, dass viele Unternehmen später wahrscheinlich zurückkehren werden. Der Vorschlag des russischen Wirtschaftsministeriums zur Einführung eines externen Managements scheint ihm eine adäquatere Maßnahme zu sein. "Das wird es den Eigentümern ermöglichen, ihr Eigentum zu behalten, und den Unternehmen, den Zusammenbruch zu vermeiden, weiterhin zu produzieren und die Mitarbeiter zu entlohnen", sagte der Geschäftsmann.

Russlands Reaktion auf die verhängten Sanktionen müsse ausgereift sein, um sich nicht in das eigene Knie zu schießen. "Am Beispiel westlicher Länder sehen wir, dass die Wirtschaften dieser Länder bei der Verhängung von Sanktionen gegen Russland selbst leiden. Wir müssen

klüger sein und ein Szenario vermeiden, bei dem die Vergeltungssanktionen uns selbst treffen", warnte er.

Seit Beginn der Kriegshandlungen in der Ukraine verlassen zahlreiche globale Unternehmen und Marken den russischen Markt. Die regierende Partei Einiges Russland schlug vor, das Vermögen dieser Unternehmen zu verstaatlichen. Die Zeitung Iswestija berichtete am Donnerstag, dass bereits eine Liste ausländischer Unternehmen ausgearbeitet werde, die künftig davon betroffen sein könnten. Das Dokument umfasst etwa 60 Unternehmen, dazu gehören unter anderem Volkswagen, Apple, IKEA, Microsoft, IBM, Shell, McDonald's, Porsche, Toyota und H&M. In die Liste könnten aber jederzeit neue Firmen aufgenommen werden, die ihren Rückzug aus Russland ankündigen, schreibt die Zeitung.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/622b11e548fbef592f4b4368.jpg>

13:39 (11:39) novorosinform.org: **Ukrainische Nationalisten verlieren ihre Positionen in Mariupol – Korrespondent**

Die Streitkräfte der DVR durchbrechen mit Unterstützung der russischen Luftwaffe die Verteidigung der Streitkräfte der Ukraine in Mariupol und lassen den Nazis keine Chance, berichtet der Militärkorrespondent Georgi Medwedew vor Ort.

Die Soldaten der Volksmiliz der Republik erzielten Erfolge in der Küstenstadt. Die Befreiung von Mariupol sei eine Frage der Zeit, glaubt der Korrespondent.

„Die ukrainische Armee, die nationalen Bataillone leisten natürlich heftigen Widerstand, aber unter Beschuss ziehen sie sich zurück, verlassen ihre Stellungen“, sagte Medwedew.

Die Streitkräfte der DVR setzten aktiv Artillerie mit Unterstützung der russischen Armee aus der Luft ein. Mit jeder Minute nehme die Intensität des Beschusses zu, sagte der Korrespondent.

Gleichzeitig hätten die ukrainischen Nationalisten nicht die Absicht, die Waffen niederzulegen.

„Diese Leute wissen, was sie acht Jahre lang im Donbass getan haben und was ihnen dafür droht“, betonte Medwedew.

Zuvor hatte das russische Verteidigungsministerium erklärt, dass die Streitkräfte der DVR Wolnowacha vollständig befreit hätten.



https://novorosinform.org/content/images/07/41/40741_720x405.jpg

11:45 de.rt.com: **Baerbock gegen Gas-Importstopp aus Russland: "Würde Putin in die Hände spielen"**

Bundesaußenministerin Annalena Baerbock hat vor einem sofortigen Importstopp von Gas und Öl aus Russland gewarnt. Ihr zufolge hätte man in diesem Fall in Deutschland und Europa "in ein paar Wochen keinen Strom und keine Wärme mehr".

"Wie viele Tage würden wir aufrechterhalten können, dass Leute nicht mehr zur Arbeit fahren können, dass wir in Kindergärten keinen Strom mehr haben, wir Krankenhäuser nicht mehr am Laufen halten können? Das ist genau die Destabilisierung, die sich der russische Präsident nur wünschen würde."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/622b26f0b480cc1d3c10b411.jpg>

13:55 (11:55) ria.ru: **Vandalen überfallen das "Russische Haus" in Berlin**

Vandalen überfielen das "Russische Haus" in Berlin und brachten Inschriften im Eingangsbereich an.

Das Russische Haus der Wissenschaft und Kultur, auch Russisches Haus in Berlin genannt, wurde von Vandalen angegriffen, teilte die Betreiberorganisation gegenüber RIA Novosti mit. "Am Eingang wurden Inschriften in deutscher Sprache angebracht. Sie wurden umgehend entfernt. Die Polizei wurde über diesen Vorfall informiert", sagte die Quelle.

Die Polizei hat sich bisher geweigert, diesen Vorfall gegenüber RIA Novosti zu bestätigen. Laut der Berliner Zeitung geschah dies am Donnerstagmorgen. Auf einer der Säulen im Eingangsbereich wurde die Inschrift „Mörder“ angebracht.



https://cdn21.img.ria.ru/images/151793/49/1517934988_0:135:3160:1913_1280x0_80_0_0_e8c85ced160c430266773c6e52a7e839.jpg

13:56 (11:56) novorosinform.org: **In der DVR startet Buslinie zu den befreiten Gebieten**
Der Bus fährt von Donezk nach Telmanowo mit Halt in Siedlungen, die von den Streitkräften der Ukraine befreit wurden, heißt es in der Veröffentlichung "Donezkoje Wremja".

Es wird darauf hingewiesen, dass die Fahrt zweimal pro Woche durchgeführt wird - dienstags und freitags. Auf dem Weg von Donezk nach Telmanowo hält der Bus in Starobeschewo, Rasdolnoje, Wasiljewka und Granitnoje.

Der Fahrpreis von der Hauptstadt der Republik nach Granitnoje beträgt 178 Rubel (ca. 1,40€– A.d.Ü.).

Zuvor gab das russische Verteidigungsministerium bekannt, dass die Stadt Wolnowacha unter die volle Kontrolle der Volksmiliz der DVR übergegangen sei, um die es mehrere Tage lang heftige Kämpfe gegeben habe.



https://novorosinform.org/content/images/07/43/40743_720x405.jpg

nachmittags:

12:08 de.rt.com: **China meldet Hacking-Angriffe auf Russland und Ukraine über Webadressen in den USA**

Das Cybersicherheitszentrum Chinas hat erklärt, mehrere Computer im Land seien Opfer von Cyberangriffen geworden. Ziele der Attacken, die von den USA aus über Computer in China verübt würden, seien Einrichtungen in Russland, Weißrussland und der Ukraine.

Die Volksrepublik China ist wiederholt mit Cyberangriffen konfrontiert, bei denen Unbekannte die Kontrolle über Computer im Land übernehmen, um sie für Angriffe auf

Einrichtungen in Russland, der Ukraine und Weißrussland zu nutzen. Dies meldete die staatliche chinesische Nachrichtenagentur Xinhua.

Jedoch stammten die meisten dieser Angriffe aus den Vereinigten Staaten, berichtete Xinhua unter Berufung auf das National Computer Network Emergency Response Technical Team/Coordination Centre of China, das für die Erkennung und Abwehr von Cyberbedrohungen zuständig ist.

Seit dem Beginn des militärischen Sondereinsatzes in der Ukraine warnt das vom Föderalen Sicherheitsdienst eingerichtete Nationale Zentrum zur Koordinierung von Computerzwischenfällen in Russland vor der Gefahr von Angriffen auf russische Informationsressourcen einschließlich kritischer Informationsinfrastruktureinrichtungen. Russischen Unternehmen wurde geraten, "ihre Wachsamkeit zu erhöhen" und auf Anomalien im Betrieb kritischer Infrastruktureinrichtungen zu achten. Das Zentrum warnte auch vor "böswilligen Einflüssen aus dem russischen Informationsraum", um in den Augen der Weltgemeinschaft ein negatives Bild von Russland zu erzeugen.

Nach dem Ausbruch der Feindseligkeiten in der Ukraine erklärte die Hackergruppe Anonymous der russischen Regierung den Cyberkrieg. Die Hacker bekannten sich zu Angriffen auf russische Internetanbieter und Regierungswebseiten. Seit dem 25. Februar sind die Onlineportale mehrerer Medienhäuser massiven DDoS-Angriffen ausgesetzt.

Bei solchen Angriffen senden die Hacker eine große Anzahl von Anfragen an die Webseiten, die die Bandbreite des Netzes übersteigen. Hierbei wird der Betrieb der Ressource blockiert. Die meisten Anfragen kommen von IP-Adressen aus dem Ausland.

Am 28. Februar wurden die Webseiten der russischen Medien TASS, Kommersant und Iswestija von Anonymous gehackt. Auf den jeweiligen Startseiten der betroffenen Medienportale veröffentlichten die Hacker eine Botschaft, in der sie ein Ende des Krieges in der Ukraine forderten.

Auch die Webseiten staatlicher Einrichtungen in Russland wurden angegriffen. So waren beispielsweise die Russische Eisenbahn und Roskosmos mit DDoS-Angriffen konfrontiert.

Am 5. März meldete die russische Zentralbank, dass DDoS-Angriffe gegen die Kanäle russischer Telekommunikationsanbieter durchgeführt wurden, was zu einer kurzfristigen Verlangsamung des Quick-Pay-Systems führen könnte. Gleichzeitig versicherte die Bank, dass diese Cyberangriffe die Sicherheit von Guthaben nicht beeinträchtigen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/622b110248fbef5a49240005.jpg>

14:25 (12:25) novorosinform.oeg: **Die USA haben Selenskij gezwungen, ein Dekret über den "Volkskampf" gegen Russland zu unterzeichnen – Quelle**

Laut einer Quelle in der ukrainischen Regierung für Readovka war der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij gezwungen, im Generalstab der Streitkräfte der Ukraine ein Gesetz durchsetzen, das es Ukrainern erlaubt, auf russische Soldaten zu schießen.

Laut Readovka forderten das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten von der Ukraine, den „Volkswiderstand“ der einfachen Ukrainer gegen die russische Armee zu verstärken. Es wird darauf hingewiesen, dass London und Washington andernfalls drohten, die finanzielle und militärische Hilfe für Kiew zu kürzen.

Die Readovka-Quelle berichtete auch, dass Wladimir Selenskij persönlich das sogenannte Gesetz „über den Volkskampf“ gegen den Widerstand des Kommandos, hoher Offiziere und des Generalstabs der Streitkräfte der Ukraine durchgesetzt habe. Der Insider betont, dass die USA und Großbritannien ein mediales Bild von der Tötung von Zivilisten durch die russische Armee schaffen wollen.



https://novorosinform.org/content/images/07/46/40746_720x405.jpg

14:43 (12:43) novorosinform.org: **Der Kreml schloss ein Verbot von Facebook und Instagram in Russland nicht aus**

Der Pressesprecher des Präsidenten der Russischen Föderation, Dmitri Peskow, sagte, dass die Aktivitäten der Dienste ausgesetzt würden, wenn Aufrufe zur Gewalt gegen russische Bürger auf Facebook und Instagram erscheinen.

Laut Peskow würden Kontrollen in Bezug auf diese sozialen Netzwerke durchgeführt, teilt Komsomolskaya Pravda mit.

"Das sind Informationen, die wirklich sehr, sehr sorgfältig bestätigt und studiert werden müssen. Ich möchte Reuters nicht beim Wort nehmen, weil es sehr schwer vorstellbar ist. Unsere zuständigen Abteilungen werden herausfinden, ob das wirklich so ist", sagte Peskow. Gleichzeitig hoffe Peskow, dass diese Informationen nicht bestätigt werden, denn sollte sich das als wahr herausstellen, dann würden „die entschiedensten Maßnahmen folgen, um die Aktivitäten dieses Unternehmens einzudämmen“.



https://novorosinform.org/content/images/07/49/40749_720x405.jpg

15:12 (13:12) novorosinform.org: **Putin: Es gibt positive Entwicklungen in den Verhandlungen mit der Ukraine**

Im Laufe des Dialogs mit Vertretern Kiews über die Bedingungen für den Abschluss der Sonderoperation in der Ukraine habe es positive Entwicklungen gegeben, sagte der russische Präsident Wladimir Putin.

Russlands Operation zur Entmilitarisierung der Ukraine wurde in einem Gespräch zwischen Wladimir Putin und dem belarussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko erörtert, berichtet Interfax.

Nach Angaben des russischen Staatschefs gebe es Fortschritte im Verhandlungsprozess mit der ukrainischen Seite.

„Da gibt es gewisse positive Entwicklungen, wie mir die Verhandlungsführer von unserer Seite berichteten“, sagte Putin.

Er versprach auch, während des Dialogs mit dem belarussischen Staatschef ausführlicher auf dieses Thema einzugehen.

Nach dem Beginn des Spezialeinsatzes in der Ukraine führten Vertreter Moskaus und Kiews drei Verhandlungsrunden durch. Alle fanden auf dem Territorium von Belarus statt. Darüber hinaus fand am 10. März in der Türkei ein Treffen zwischen den Außenministern Russlands und der Ukraine Sergej Lawrow und Dmitri Kuleba statt. Die Parteien erörterten die humanitären Aspekte des Sondereinsatzes.



https://novorosinform.org/content/images/07/52/40752_720x405.jpg

15:52 (13:52) novorosinform.org: **„Sie haben es nicht nötig“: Lukaschenko warf Kiew vor, sich geweigert zu haben, die Arbeit des Kernkraftwerks Tschernobyl wiederherzustellen**

Der Präsident der Republik Belarus, Alexander Lukaschenko, kommentierte den jüngsten Vorfall mit einem Stromausfall im Kernkraftwerk Tschernobyl.

Kürzlich schossen ukrainische Radikale auf die Stromversorgungsanlagen eines Kernkraftwerks, wodurch es zu Ausfällen bei der Stromversorgung kam. Das russische Militär, das das Kernkraftwerk bewachte, schaltete jedoch schnell die Generatoren ein und meldete den Vorfall dem Top-Management.

Nach Angaben des belarussischen Staatschefs habe ihn der russische Präsident Wladimir Putin persönlich gebeten, bei der Lösung des Problems der Energieversorgung von Tschernobyl zu helfen. Also sei eine parallele Übertragungsleitung von Weißrussland aus in Betrieb genommen worden.

Der belarussische Staatschef befindet sich derzeit zu einem Arbeitsbesuch in Moskau. Als Kommentar zu dem, was passiert war, bemerkte er, dass sowohl die russische als auch die belarussische Seite versuchten, das Problem gemeinsam zu lösen, aber die Ukraine „hatte es nicht nötig“.

„Biologische Waffen, die größten Kraftwerke, Kernkraftwerke – all das war bereit (zur)

Explosion. Jetzt sehen wir, was in Tschernobyl passiert ist. Aber sie haben es nicht nötig! Soll doch geschehen, was auch immer geschieht! Wir haben mit Anstrengung wieder Strom in die Tschernobyl-Anlage gebracht“ zitiert ihn RIA Novosti.

Zuvor hatte Moskau ukrainischen Nationalisten vorgeworfen, rund um das Kernkraftwerk Tschernobyl absichtlich eine Bedrohung geschaffen zu haben. Der Leiter des Untersuchungsausschusses der Russischen Föderation, Alexander Bastrykin, ordnete die Sammlung und Aufzeichnung von Beweisen für Daten über den Angriff von Radikalen auf ein Umspannwerk und Stromleitungen an.



https://novorosinform.org/content/images/07/55/40755_720x405.jpg

13:49 de.rt.com: **Kultusministerkonferenz: Hochschulen sollen Zusammenarbeit mit Russland aussetzen**

Die Kultusministerkonferenz (KMK) hat die Hochschulen zur Aussetzung der Zusammenarbeit mit staatlichen Einrichtungen in Russland aufgerufen. In einer zum Abschluss der KMK am Freitag veröffentlichten "Lübecker Erklärung" heißt es: "Wir müssen dem russischen Präsidenten auf allen Ebenen zeigen, dass seine Aggression Konsequenzen hat."

Das bedeute jedoch nicht, dass die Beschäftigung mit der akademischen und kulturellen Vielfalt Russlands dauerhaft eingeschränkt oder Kontakte abgebrochen werden sollen. "Denjenigen im russischen Wissenschaftssystem, denen aufgrund ihrer Positionierung gegen einen Angriffskrieg aktuell Verfolgung droht, gilt unsere volle Solidarität und Unterstützung", heißt es in der Erklärung der Kultusminister weiter.

dan-news.info: Der Mobilfunkanbieter der DVR „Phönix“ hat in Kominternowo eine Basisstation eingerichtet, damit werden Vororte von Mariupol erreicht. Eine weitere Station ist in Andrejewka südöstlich von Wolnowacha geplant.

13:55 de.rt.com: **UN-Sicherheitsrat tagt zu russischem Vorwurf über US-finanzierte Bio-Labore in der Ukraine**

Moskau behauptet, Washington habe angebliche Biowaffen-Programme in der Ukraine finanziert sowie unterstützt, und forderte eine Sitzung des UN-Sicherheitsrates. Sie soll für den heutigen Freitag anberaumt sein. Die USA wiesen die Vorwürfe als "Propaganda" zurück. Russland hatte eine Sitzung des UN-Sicherheitsrates gefordert, um über angebliche von den USA unterstützte Biowaffen-Programme in der Ukraine zu diskutieren. Washington hat bestritten, dass es solche Bio-Labore in der Ukraine besitzt oder betreibt, während Kiew darauf beharrt, dass die Einrichtungen nur der zivilen Forschung dienen.

Der stellvertretende russische UN-Botschafter Dmitri Poljanski kündigte den Antrag am Freitagvormittag an. So schrieb er auf dem Kurznachrichtendienst Twitter:

"Die russische Vertretung hat um ein Treffen des Sicherheitsrates für den 11. März gebeten, um die militärisch-biologischen Aktivitäten der USA auf dem Territorium der Ukraine zu erörtern."

Poljanski bezog sich auf ein Briefing des russischen Verteidigungsministeriums, bei dem behauptet wurde, dass die Vereinigten Staaten und ihre NATO-Verbündeten "militärisch-biologische Programme" in der Ukraine betrieben.

Wie nun die Nachrichtenagentur AP berichtet, soll am heutigen Freitag eine Sitzung des Sicherheitsrates stattfinden.

In der Mitteilung des Verteidigungsministeriums Russlands heißt es unter Berufung auf Dokumente, die während des laufenden russischen Angriffs auf das Land in mehreren Einrichtungen sichergestellt worden seien, dass die Defense Threat Reduction Agency (zu Deutsch: Agentur für die Reduzierung von Verteidigungsbedrohungen) des Pentagons "militärisch-biologische Forschung auf dem Territorium der Ukraine finanziert und durchführt". Dem Ministerium zufolge seien in den Laboren in den Städten Kiew, Charkiw und Odessa unter anderem Forschungen durchgeführt worden, um "die Möglichkeit der Verbreitung besonders gefährlicher Infektionen durch Zugvögel zu untersuchen".

Der Sprecher des Außenministeriums, Ned Price, wies diese Vorwürfe jedoch zurück und erklärte am Mittwoch gegenüber Reportern, dass die USA "ihre Verpflichtungen aus dem Chemiewaffenübereinkommen und dem Übereinkommen über biologische Waffen in vollem Umfang erfüllen und nirgendwo derartige Waffen entwickeln oder besitzen". Stattdessen machte Price geltend, dass Russland "aktive chemische und biologische Waffenprogramme" betreibe, wobei er diesen Vorwurf weder näher erläuterte, noch Beweise dafür lieferte.

Andere US-Vertreter äußerten sich unterschiedlich zu den russischen Behauptungen. Die US-Außenstaatssekretärin Victoria Nuland räumte am Dienstag im US-Senat ein, dass die Ukraine tatsächlich über "biologische Forschungseinrichtungen" verfüge und äußerte die Befürchtung, dass "russische Streitkräfte versuchen könnten, die Kontrolle über gefährliche Materialien aus diesen Labors zu erlangen". Sie wollte jedoch nicht bestätigen, dass die Amerikaner in diesen Einrichtungen eine Rolle spielen, und ging auch nicht näher darauf ein, welche Art von Arbeit dort geleistet wurde.

Auch der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij äußerte sich inzwischen zum Thema und erklärte, dass die Bio-Labore in seinem Land keine militärische Dimension hätten und sich auf die Forschung im zivilen Bereich konzentrierten. Die meisten dieser Einrichtungen würden laut Selenskij bereits seit der Sowjetära existieren. Am Freitag betonte er:

"Weder chemische Waffen noch andere Massenvernichtungswaffen werden auf unserem Boden entwickelt."

Der stellvertretende amerikanische UN-Botschafter Jeffrey Prescott erklärte gegenüber der Nachrichtenagentur dpa, dass die russischen Behauptungen "Propaganda" seien und möglicher Vorwand, selbst möglicherweise "chemische oder biologische Waffen in der Ukraine einzusetzen".



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/622b35c548fbef10ac19d1c8.jpg>

16:01 (14:01) novorosinform.org: **Peskow bestritt die Möglichkeit einer Zahlungsunfähigkeit in Russland**

Der Kreml-Sprecher erklärte, es gebe keine Bedingungen für einen Zahlungsausfall in Russland.

Dmitri Peskow verwies bei dem Briefing auf frühere Erklärungen der zuständigen russischen Ministerien, die erklärten, dass Moskau in der Lage sei, alle Auslandsschulden zurückzuzahlen und die Stabilität der russischen Wirtschaft zu gewährleisten. Der Kreml-Sprecher wies auch darauf hin, dass die Bedingungen für einen Zahlungsausfall nur künstlich entstehen könnten, indem sie von außen aufgezwungen werden. Das berichtet RIA Novosti. „Sie und ich haben die Erklärung unserer Leiter der Finanzabteilungen, des Finanzministeriums usw. über die Bereitschaft und Verfügbarkeit der erforderlichen Sicherheitsmarge zur Tilgung aller Auslandsschulden in Rubel gehört. Tatsächlich gibt es als solche keine Bedingungen für einen Ausfall, es sei denn, sie werden künstlich geschaffen und uns zugeschrieben“, sagte Peskow.

Peskow versicherte den Journalisten auch, dass Russland über riesige Reserven verfüge, die eine nachhaltige Entwicklung des Landes sicherstellen könnten.



https://novorosinform.org/content/images/07/58/40758_720x405.jpg

14:05 de.rt.com: **BMI verhindert Ausreisen von deutschen Extremisten zu Kampfhandlungen in die Ukraine**

Das Bundesinnenministerium (BMI) habe ein sehr großes Interesse daran, die Ausreise von Extremisten in die Ukraine oder nach Russland zu Kampfhandlungen zu verhindern, und tue

das auch, teilte Behördensprecher Dr. Marek Wede bei der Bundespressekonferenz am Freitag mit. Auf die Frage, ob der Bundesregierung Statistiken zu den bereits in die Ukraine abgereisten deutschen Radikalen vorlägen, die dort auf ukrainischer Seite zu kämpfen beabsichtigen, sagte er, ohne die genauen Zahlen zu nennen:

"Ich kann Ihnen sagen, dass wir Ausreisen von kampfwilligen Extremisten verhindert haben, und zwar sowohl nach Russland als auch in die Ukraine."

Bei den deutschen Extremisten, die sich inzwischen schon in der Ukraine aufhalten, handele es sich allerdings um eine "niedrige einstellige Zahl", präzisierte Wede.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/622b444cb480cc6760472ecc.jpg>

14:27 de.rt.com: **Wegen Gewalt- und Mordaufrufen gegen Russen: Strafverfahren gegen Facebook und Instagram eingeleitet**

Russische Behörden haben auf die Politik des US-Konzerns Meta reagiert, der auf seinen Plattformen Aufrufe zur Gewalt gegen russische Streitkräfte zugelassen hat. Ein Strafverfahren wurde eingeleitet. Außerdem wurde die Einstufung des Unternehmens als extremistisch beantragt.

Das russische Untersuchungskomitee hat gegen den US-Konzern Meta ein Strafverfahren eingeleitet, nachdem der Online-Dienstleister Aufrufe zur Gewalt gegen die russischen Streitkräfte auf seinen Plattformen zugelassen hatte. In einer Erklärung des russischen Ermittlungskomitees auf Telegram heißt es:

"Die Hauptabteilung für Ermittlungen des russischen Untersuchungskomitees hat ein Strafverfahren im Zusammenhang mit illegalen Aufrufen zu Mord und Gewalt gegen Bürger der Russischen Föderation durch Mitarbeiter des US-Unternehmens Meta, dem die sozialen Netzwerke Facebook und Instagram gehören, eröffnet."

Es wird darauf hingewiesen, dass Andy Stone, der Sprecher des Unternehmens, zuvor in einem Post in den sozialen Medien erklärt hatte, dass Meta vorübergehend das Verbot von Aufrufen zur Gewalt gegen das russische Militär auf seinen Plattformen aufgehoben habe und dies als eine Form der politischen Meinungsäußerung bezeichne.

In der Erklärung des Untersuchungskomitees heißt es dazu:

"Die genannten Handlungen enthalten Anzeichen für Straftaten gemäß Artikel 280, 205.1 des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation (öffentliche Aufrufe zu extremistischen Aktivitäten; Förderung terroristischer Aktivitäten)."

Im Rahmen des Strafverfahrens werde man die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die Handlungen von Andy Stone und anderen Mitarbeitern des US-Konzerns rechtlich zu bewerten.

Zuvor hatte die russische Generalstaatsanwaltschaft gefordert, dass Meta als extremistische Organisation einzustufen sei und dies auch bei Gericht beantragt. Die Aktivitäten des US-Konzerns sollen in Russland verboten werden. In einer entsprechenden Ankündigung hieß es: "In Übereinstimmung mit dem föderalen Gesetz "Über die Bekämpfung extremistischer Aktivitäten" hat die Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation einen Antrag an das Gericht geschickt, um Meta Platforms Inc. als extremistische Organisation anzuerkennen und dessen Aktivitäten in Russland zu verbieten."

Auslöser war, dass der Konzern Meta Platforms angesichts der Ereignisse in der Ukraine das Verbot von Gewaltaufrufen gegen das russische Militär in seinen sozialen Netzwerken Facebook und Instagram vorübergehend aufgehoben hatte. Dies habe jedoch nicht gegenüber russischen Zivilisten gegolten, wie Unternehmenssprecher Andy Stone mitteilte.

Nach Angaben von Reuters erlauben die neuen Nutzungsbedingungen auch Mordaufrufe gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin und seinen weißrussischen Amtskollegen Alexander Lukaschenko.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/622b481bb480cc676a524df2.jpg>

16:31 (14:31) novorosinform.org: **Putin erinnerte an die kolossalen Erfolge der UdSSR unter den Sanktionen**

Der russische Präsident stellte fest, dass Beschränkungen aus dem Westen eine positive Rolle bei der Wiederherstellung der heimischen Industrie spielen könnten.

Die Sowjetunion lebte lange Zeit unter westlichen Sanktionen und erzielte dabei enorme Erfolge. Dies erklärte der russische Präsident Wladimir Putin in einem Kommentar zu den möglichen Folgen der vom Westen gegen die Russische Föderation verhängten Sanktionen. „Die UdSSR lebte wirklich unter Sanktionen, entwickelte sich und erzielte enorme Erfolge“, sagte Putin bei einem Treffen mit seinem belarussischen Amtskollegen Alexander Lukaschenko.

Der russische Präsident erinnerte daran, dass auch nach dem Zusammenbruch der UdSSR Sanktionen gegen Russland aufrechterhalten wurden, die dann in neue und moderne Zeiten übergingen. Trotzdem konnte sich Russland angesichts des wirtschaftlichen Drucks an die Entwicklung anpassen.



https://novorosinform.org/content/images/07/60/40760_720x405.jpg

15:03 de.rt.com: **Brandanschlag auf deutsch-russische Privatschule in Berlin**

Auf die deutsch-russische Lomonossow-Schule in Berlin-Marzahn ist in der Nacht zum Freitag von Unbekannten ein Brandanschlag verübt worden. Verletzt wurde niemand, die Polizei ermittelt.

Wie ortsansässige Quellen von RT DE und Berliner Regionalzeitungen melden, wurde in der Nacht zum Freitag ein Brandanschlag auf die deutsch-russische Lomonossow-Schule im Berliner Bezirk Marzahn-Hellersdorf verübt.

Wie eine Sprecherin der Berliner Polizei sagte, kam es im Eingangsbereich der Schulturnhalle an der Allee der Kosmonauten zu einem Feuer. Entfacht wurde dieses laut derzeitigem Ermittlungsstand durch einen Brandsatz. Die Feuerwehr konnte den Brand löschen. Es entstand Sachschaden, Personen wurden nicht verletzt.

Die Internationale Lomonossow-Schule nahm mit Beginn des Schuljahres 2006/2007 ihren Betrieb auf. Sie bietet ihren Schülern zweisprachigen Unterricht auf Deutsch und Russisch in allen Hauptschulfächern an, der Unterricht wird von Muttersprachlern abgehalten. Der Trägerverein, Interkulturelle Pädagogische Gesellschaft Mitra e.V., ist Mitglied im Dachverband für Interkulturelle Arbeit (VIA) Regionalverband Berlin/Brandenburg.

Nach Auskunft eines Mitarbeiters des Dachverbandes engagieren sich in der IPG Mitra hauptsächlich jüdische Migranten aus allen Ländern der ehemaligen Sowjetunion:

"Die Mitglieder des Vereins und auch die Eltern, die ihre Kinder in diese Einrichtungen schicken, gehören vor allem der jüdischen Diaspora aus Russland an. Der Verein hat diese Schule wie auch mehrere Kitas mit viel Mühe und Einsatz selbst aufgebaut."

Nach seinen Worten zeigen sich die Betroffenen entsetzt und bestürzt über den Brandanschlag. Die Polizei ermittelt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/622b465148fbef5b64406c4d.jpg>

15:24 de.rt.com: **EU: Weitere 500 Millionen Euro für Waffenlieferungen an die Ukraine**

Die EU will weitere 500 Millionen Euro für die Lieferung von Waffen und Ausrüstung an die Ukraine zur Verfügung stellen. Deren Hoffnungen auf einen schnellen EU-Beitritt erteilten die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten dagegen eine Absage.

Auf der Tagung des EU-Rates in Versailles bei Paris haben die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten beschlossen, Waffenlieferungen an die Ukraine mit weiteren 500 Millionen Euro zu finanzieren. Das kündigte EU-Ratschef Charles Michel am Freitag nach Beratungen der Staats- und Regierungschefs an.

Ein erstes Paket über 500 Millionen Euro war bereits Ende Februar bewilligt worden. Von diesem Betrag sind 450 Millionen für Waffenlieferungen und 50 Millionen für andere Dinge wie Treibstoff und Schutzausrüstung reserviert.

Das Geld für die militärische Unterstützung kommt aus der sogenannten Europäischen Friedensfazilität. Diese ist ein neues Finanzierungsinstrument der EU, das auch genutzt werden kann, um die Fähigkeiten von Streitkräften in Partnerländern zu stärken. Für den Zeitraum von 2021 bis 2027 ist die Friedensfazilität mit rund fünf Milliarden Euro ausgestattet.

Russland wirft dem Westen vor, mit den Waffenlieferungen an die Ukraine den Konflikt zu verschärfen. "Wir sehen, wie gefährlich unsere westlichen Kollegen, einschließlich der Europäischen Union, jetzt handeln", sagte Außenminister Sergei Lawrow in dieser Woche. Welches Material die EU mit den zusätzlichen 500 Millionen Euro finanzieren wird, blieb zunächst unklar. Die Ukraine wünschte sich zuletzt unter anderem Luftabwehrsysteme mit einer Reichweite von bis zu 70 Kilometern, Anti-Drohnen-Gewehre, Minenräumgeräte, Funkgeräte, Radarstationen, Nachtsichtgeräte und Sanitätsfahrzeuge.

Dagegen erteilten die Staats- und Regierungschefs den Hoffnungen der Ukraine auf einen schnellen Beitritt zur Europäischen Union eine Absage.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und seine Kollegen versprachen der Ukraine lediglich, die Bindungen weiter zu stärken und die Partnerschaft zu vertiefen, um sie auf ihrem europäischen Weg zu unterstützen. Zudem wurde betont, dass man die EU-Kommission zügig damit beauftragt habe, den ukrainischen Antrag auf EU-Mitgliedschaft zu prüfen.

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hatte in der vergangenen Woche die EU-Mitgliedschaft für sein Land beantragt. Er zeigte sich am Freitag in einer Videobotschaft ernüchtert:

"Die Europäische Union sollte mehr tun. Sollte mehr tun für uns, für die Ukraine. Und für sich. Wir erwarten das. Alle Europäer erwarten das."

Der EU-Rat unterstrich dagegen, dass der EU-Beitritt ein langer und komplizierter Prozess

sei. Selbst wenn die EU-Kommission den Antrag positiv bewerten sollte, könnte allein der Start der Aufnahmeverhandlungen noch lange auf sich warten lassen, da alle EU-Staaten einverstanden sein müssen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/622b623fb480cc7878666328.jpg>

17:27 (15:27) novorosinform.org: **Selenskij drohte Russland mit humanitären Korridoren für russische Bürger**

Der Präsident der Ukraine, Wladimir Selenskij, drohte der Russischen Föderation, die Evakuierung der Bevölkerung mit einer weltweiten Reaktion zu stören, wonach Russland selbst humanitäre Korridore benötigen würde.

Das berichtet RIA Novosti unter Bezugnahme auf die Videobotschaft des ukrainischen Präsidenten.

„Wenn die Besatzer wieder schießen und die Rettung der Menschen stören, werden sie am Ende eine solche Antwort von der Welt bekommen, dass sie selbst humanitäre Korridore brauchen werden“, sagte Selenskij.

Gleichzeitig erklärte das Nationale Zentrum für Verteidigungskontrolle der Russischen Föderation zuvor, dass die russische Seite am 11. März ein Regime der Ruhe in der Ukraine ab 10:00 Uhr angekündigt habe, um Zivilisten zu evakuieren.



https://novorosinform.org/content/images/07/68/40768_720x405.jpg

15:30 de.rt.com: **Ukrainischer Haftbefehl gegen RT-Chefin Margarita Simonjan**

Wie TASS meldet, hat die ukrainische Generalstaatsanwältin Irina Wenediktowa mitgeteilt, dass ihre Behörde Anklage gegen die Chefredakteurin des russischen Fernsehsenders RT,

Margarita Simonjan, erhoben hat. Darüber hinaus entschied ein ukrainisches Gericht, dass sie in Abwesenheit verhaftet werden solle.

Wenediktowa fügte ihrer Nachricht Fotokopien des Gerichtsbeschlusses bei, aus dem hervorgeht, dass Simonjan nach Artikel 110 des Strafgesetzbuchs der Ukraine angeklagt ist ("Finanzierung von Handlungen, die mit dem Ziel begangen werden, die verfassungsmäßige Ordnung gewaltsam zu ändern oder zu stürzen oder die Staatsmacht zu ergreifen, die Grenzen des Hoheitsgebiets oder die Staatsgrenze der Ukraine zu ändern"). Nach Angaben des ukrainischen Generalstaatsanwalts war der Grund für das Verfahren Simonjans Äußerungen über den Donbass.

Zuvor hatte die ukrainische Generalstaatsanwaltschaft ähnliche Maßnahmen gegen eine Reihe berühmter Russen ergriffen, darunter den Sänger Nikolaj Baskow, den Filmregisseur Nikita Michalkow, den Sänger Oleg Gasmanow und die Fernsehmoderatorin und Medienmanagerin Tina Kandelaki.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/622b57f1b480cc6392186591.jpg>

16:02 de.rt.com: **"Unbemanntes Militärflugzeug" über Hauptstadt von Kroatien abgestürzt – Umstände völlig unklar**

Am späten Donnerstagabend ist ein Flugobjekt über einem Park in der kroatischen Hauptstadt Zagreb abgestürzt. Nach Angaben der Behörden handle es sich um ein "unbemanntes Militärflugzeug". Laut kroatischem Präsidenten kam es aus der Ukraine, ein Berater dementiert.

Am Donnerstagabend ist gegen 23 Uhr ein unbemanntes Flugobjekt in der kroatischen Hauptstadt Zagreb abgestürzt. Der Vorfall ereignete sich über einem Park im Stadtteil Jarun im Südwesten von Zagreb. In der Grünanlage, in deren unmittelbarer Nähe sich auch ein Studentenheim befindet, hinterließ das abgestürzte Flugobjekt nach Medienberichten einen Krater von drei Metern Durchmesser und einer Tiefe von einem Meter. In den sozialen Medien kursiert ein [Video](#), das die Absturzstelle zeigen soll.

Der kroatische Ministerpräsident Andrej Plenković bestätigte gegenüber kroatischen Medien am Freitag am Rande des EU-Gipfels in Versailles, dass in der Nacht zum Freitag ein unbemanntes Militärflugzeug abgestürzt wäre. Auch die kroatische Polizei hätte laut einem Bericht des öffentlich-rechtlichen Senders HRT erklärt, dass ein Flugobjekt abgestürzt sei. Zudem seien auch zwei Fallschirme in der Nähe der Absturzstelle in Baumkronen gefunden worden. Dabei seien Menschen demnach nicht verletzt, mehrere geparkte Autos jedoch beschädigt worden.

Mehreren lokalen Medien zufolge handelte es sich bei dem Flugobjekt wahrscheinlich um eine Aufklärungsdrohne aus sowjetischer Produktion, die derzeit noch von den ukrainischen Streitkräften eingesetzt werde. So zitiert das Medienportal index.hr den ehemaligen Chef des Zivilschutzes der Stadt Zagreb, Pavle Kalinić, der meinte, dass es sich bei dem Objekt um

eine Fernaufklärungs-Drohne vom sowjetischen Typ Tupolew M-141 gehandelt haben könnte. Dieses Fluggerät hat eine Reichweite von etwa 1.000 Kilometern.

Der kroatische Premierminister hatte gegenüber Journalisten lediglich erklärt, dass es sich nach den "uns vorliegenden Informationen um ein Flugzeug aus russischer Produktion" handle. Plenković ergänzte:

"Es ist uns nicht bekannt, ob es im Besitz der russischen oder der ukrainischen Armee war."

Das Fluggerät sei über Rumänien und Ungarn kommend in den kroatischen Luftraum eingedrungen. "Wir haben auch die ukrainische Seite kontaktiert, um zu erfahren, ob sie über Informationen darüber verfügt, wie das Flugzeug Zagreb erreicht hat", führte der kroatische Regierungschef weiter aus.

Der kroatische Präsident Zoran Milanović hatte im Laufe des Vormittags bei einer Pressekonferenz erklärt, das Flugobjekt stamme aus der Ukraine und dass man "über jenes wahrscheinlich Kontrolle verloren habe". Zudem warf er die Frage auf, wie es sein könne, dass man "ein sechs Tonnen schweres Flugobjekt, von der Größe eines Flugzeugs, auf dem Weg von der Ukraine nach Zagreb" nicht aufgespürt hatte. Das Gerät habe zwei NATO-Mitgliedsstaaten überflogen – Rumänien und Ungarn. Dies sei ein "ernsthafter Vorfall", so Milanović.

Doch ein Berater des ukrainischen Verteidigungsministers soll dies exklusiv gegenüber der kroatischen Zeitung Jutarnji demnach inzwischen dementiert haben. Danach sei das Fluggerät kein ukrainisches. Aus der ukrainischen Botschaft in Zagreb gab es dazu noch keinen Kommentar.

Der Militärische Befehlshaber der Streitkräfte der Republik Kroatien Admiral Robert Hranj erklärte laut Medienberichten ebenfalls, dass dies ein "ernsthafter Vorfall" sei, und dass nun eine "ernsthafte und intensive Untersuchung" bevorstehe.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/622b4b1e48fbef5aac3bd82c.jpg>

18:19 (16:19) novorosinform.org: **Medien erwischten westliche Beamte bei einer Lüge über Biolabore in der Ukraine**

In Washington kann man nicht auf die Präsenz dieser Labors in der Ukraine einigen, und die Öffentlichkeit sollte vorsichtig sein, sagte der Journalist Tucker Carlson im Sender Fox News. Er merkte an, dass die stellvertretende US-Außenministerin Victoria Nuland während der Anhörungen im Senat keine Einzelheiten zu diesem Thema genannt habe, sondern nur beiläufig erwähnt habe, dass die USA diese Biolabore finanzieren.

„Ihr Inhalt ist so gefährlich, dass sie zutiefst besorgt ist, dass diese Materialien nicht in die Hände des russischen Militärs gelangen. Wir waren von dieser Entwicklung beeindruckt“, sagte Carlson.

Er zitierte auch die Aussagen der Vertreterin des Weißen Hauses, Jen Psaki, die feststellte, dass Russland das einzige Land sei, das chemische und biologische Waffen besitze, und nicht

die Staaten.

„Warum bestreitet die Pressesprecherin des Weißen Hauses öffentlich, was der Leiter des Programms zur Kontrolle biologischer Waffen des Pentagon bereits zugegeben hat?“ fragt der Journalist.

Carlson fügte hinzu, dass diese Position der amerikanischen Behörden besorgniserregend sei, da es sich um ein langfristiges Thema mit unvorhersehbaren Folgen handele. „Deshalb werden wir darüber belogen“, schloss er.



https://novorosinform.org/content/images/07/73/40773_720x405.jpg

16:30 de.rt.com: **Erdoğan nennt "faschistische" Anfeindungen gegen russische Künstler inakzeptabel**

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan hat jegliche Anfeindungen gegen Kulturschaffende mit russischem Hintergrund aufs Schärfste kritisiert. Unter anderem verurteilte er die Entlassung des Chefdirigenten der Münchner Philharmoniker, Waleri Gergijew, wegen dessen Nähe zum russischen Präsidenten Wladimir Putin sowie das Verbot von Literaturwerken des russischen Schriftstellers Fjodor Dostojewski durch einige Bildungseinrichtungen. Bei der Eröffnungszeremonie des Diplomatie-Forums in Antalya am Freitag sagte Erdoğan:

"Faschistische Aktionen gegen russischstämmige Menschen und russische Kulturschaffende, die in der westlichen Welt leben, sind völlig inakzeptabel. Schaut euch die Situation an, wo dem Chefdirigenten der deutschen Philharmoniker als einem Freund Putins gekündigt wird. Ist das ein Blödsinn? Die Werke von Dostojewski werden verboten. Ist das ein Blödsinn?" Bereits vor wenigen Tagen hatte das türkische Staatsoberhaupt die Angriffe auf die Vertreter der russischen Kultur mit einer "Hexenjagd" verglichen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/622b60f1b480cc6741050522.jpg>

19:05 (17:05) novorosinform.org: **Alexander Borodai kam in den Donbass**

Der Abgeordnete der Staatsduma beabsichtigt, den Kampf der LDVR gegen die ukrainischen Invasoren persönlich zu unterstützen.

Der Abgeordnete der Staatsduma der Russischen Föderation, Vorstandsvorsitzender der Union der Donbass-Freiwilligen, Alexander Borodai, ist in den Donbass gereist, um den Kampf der Einwohner der LVR und der DVR für die Unabhängigkeit von der Ukraine zu unterstützen, berichtet der Telegram-Kanal Zargrad.

Borodai nahm eine [Videobotschaft](#) an die Unterstützer auf und versprach, die Abonnenten persönlich über die Geschehnisse im Donbass und in der Ukraine zu informieren.

„Tatsächlich dauert hier seit acht Jahren der Krieg mit uns an, den der Westen gegen uns entfesselt hat. Und jetzt findet im Rahmen dieses Krieges eine Sonderoperation der russischen Streitkräfte zusammen mit den Streitkräften der DVR und LVR statt ... Es ist alles andere als unblutig, das sage ich Ihnen ehrlich“, sagte der Abgeordnete.



https://novorosinform.org/content/images/07/77/40777_720x405.jpg

17:09 de.rt.com: **Weltwirtschaftsforum friert "alle Beziehungen" zu Russland und Putin ein**

Das Weltwirtschaftsforum teilte mit, dass es alle Beziehungen zu russischen Einrichtungen sowie zum russischen Präsidenten Wladimir Putin mit sofortiger Wirkung einfriert. Klaus Schwab, der eine langjährige Freundschaft mit Putin pflegt, äußerte sich indes nicht. Wegen der anhaltenden russischen Sonderoperation in der Ukraine hat das umstrittene Weltwirtschaftsforum (WEF) seine Beziehungen zu Russland und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin, aber auch langjährig bestehende Partnerschaften des WEF mit von Oligarchen geführten Konglomeraten vorerst auf Eis gelegt. Das gab Amanda Russo, eine Sprecherin des Wirtschaftsforums, am Mittwoch bekannt. Auch ein von der russischen Regierung unterstütztes Moskauer Forschungszentrum im Bereich der künstlichen Intelligenz wurde torpediert.

"Wir arbeiten mit keiner der sanktionierten Personen zusammen und haben alle Beziehungen zu russischen Unternehmen eingefroren", sagte Russo am Mittwoch dem Nachrichtenmagazin Politico. So seien die Beziehungen zwar vorerst eingefroren, aber nicht tot, betonte die WEF-Sprecherin und erklärte, das WEF werde sich weiterhin die Möglichkeit offenhalten, zu einem späteren Zeitpunkt als "Brückenbauer" zwischen Russland und der Ukraine zu fungieren. Der Schritt des WEF folgte auf eine Reihe schwerer, zuvor von den USA, der Europäischen Union (EU), Kanada und weiteren Ländern verhängter Sanktionen gegen den russischen Bankensektor, russische Oligarchen und Putin selbst. Auch viele Großkonzerne hatten sich mit Verweis auf den Krieg in der Ukraine aus Russland zurückgezogen und die gemeinsamen Geschäftsbeziehungen beendet.

Bei dem sanktionierten Forschungszentrum handelt es sich um eine Moskauer Zweigstelle des WEF-Zentrums für die "Vierte Industrielle Revolution", die erst im Oktober 2021 eröffnet wurde. Das Zentrum konzentrierte sich auf aufkommende Technologien in den Bereichen künstliche Intelligenz und Internet und wurde auf der Grundlage einer zuvor zwischen Russland und dem WEF erfolgten Vereinbarung betrieben.

Der Schritt des Weltwirtschaftsforums kommt durchaus überraschend. Blicken Putin und WEF-Gründer Klaus Schwab doch auf eine seit 1990 bestehende enge Beziehung zurück. So war Schwab von jeher stolz darauf, "allen" Interessierten die Teilnahme an seinen alljährlichen, in Davos stattfindenden Treffen offenzuhalten. So genoss er jahrelang die Aufmerksamkeit des Kremls, schreckte aber gleichzeitig vor den Eskapaden russischer Oligarchen zurück.

Erst im Januar 2021 hatte Schwab den russischen Präsidenten im Rahmen einer virtuellen Versammlung des WEF als "unverzichtbar" für das Weltgeschehen bezeichnet. Damit wiederholte er eine Bemerkung aus dem Jahr 2009, wonach ihm kein einziges Problem von globaler Bedeutung einfalle, das ohne Russlands Beteiligung gelöst werden könne.

Bei dem virtuellen Treffen im vergangenen Jahr, das inmitten der COVID-19-Pandemie stattgefunden hatte, hatte Putin noch vor einem Krieg "aller gegen alle" gewarnt. "Die COVID-19-Pandemie ist zu einer großen Herausforderung für die Menschheit geworden, und sie hat strukturelle Veränderungen beschleunigt, deren Voraussetzungen bereits gegeben waren", sagte das russische Staatsoberhaupt damals:

"Wir haben allen Grund zu der Annahme, dass sich die Spannungen noch weiter verschärfen könnten."

Das letzte der Öffentlichkeit bekannte Treffen der beiden hatte Mitte 2021 stattgefunden. Bei der Zusammenkunft hatte der WEF-Gründer gegenüber Putin zugegeben, dass er der Teilnahme russischer Vertreter an den Veranstaltungen des Forums in Davos "besondere Bedeutung" beimesse. Zu seiner aktuellen Beziehung zu Putin wollte sich Schwab dem Politico-Bericht zufolge nicht äußern.

Im Zuge der Pandemie hatte der Ruf des WEF erheblichen Schaden genommen. Grund dafür war eine Reihe überaus umstrittener Initiativen des von Schwab angeführten Weltwirtschaftsforums. So sorgte besonders die sogenannte "Great Reset"-Agenda für Unmut bei der Weltbevölkerung, für die das WEF auf seiner Website und bei Twitter mit dem Slogan

"Willkommen im Jahr 2030. Ich besitze nichts, habe keine Privatsphäre, und das Leben war noch nie besser" warb.

Auf die berechtigte Kritik an der Agenda-Kampagne entgegnete das WEF, die Beiträge seien aus dem Zusammenhang gerissen worden. Bei der Agenda 2030 gehe es stattdessen um das Ziel, dass alle Menschen Zugang zu Eigentum und Kontrolle über das sich in ihrem Eigentum befindliche Land und andere Formen von Eigentum haben sollen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/622b135348fbef592f4b436d.jpg>

19:12 (17:12) novorosinform.org: **Die USA verbieten russischen Wodka, Hering und Diamanten**

Der amerikanische Präsident Joseph Biden teilte mit, was auf der Liste verbotener Waren aus Russland stehe.

Laut Iswestja haben die US-Behörden Beschränkungen für die Einfuhr von Alkohol, Diamanten und Meeresfrüchten russischer Herkunft in das Land angekündigt. Auch Luxusartikel wie Autos, Kleidung und Schmuck wurden verboten.

Das Weiße Haus stellte fest, dass der Präsident in naher Zukunft ein Dekret über die Verhängung von Sanktionen unterzeichnen werde, aber es würden nicht die letzten sein.

Früher wurde berichtet, dass die US-Behörden sich weigerten, Uran in die Liste der russischen Energieträger aufzunehmen, deren Einfuhr verboten ist. Laut Reuters beziehen die Vereinigten Staaten mehr als die Hälfte des Urans, von dem der Betrieb aller Kernkraftwerke des Landes abhängt, aus Russland, Kasachstan und Usbekistan.



https://novorosinform.org/content/images/07/79/40779_720x405.jpg

17:18 de.rt.com: **Neue Sanktionen von USA und EU angekündigt**

US-Präsident Joe Biden kündigte am Freitag die Erhebung neuer Strafmaßnahmen gegen Russland an. Demnach forcieren er in Zusammenarbeit mit dem US-Kongress die Aussetzung der normalen Handelsbeziehungen zu Russland. Dieser Schritt würde zukünftig höhere Zölle auf russische Waren ermöglichen. Die USA wollen die neuen Sanktionen mit ihren westlichen Partnern abstimmen.

Die Europäische Union ist Ursula von der Leyen zufolge dabei, weitere Sanktionen gegen Russland zu verhängen. "Wir werden ein viertes Paket von Sanktionen vorschlagen", kündigte die EU-Kommissionspräsidentin am Freitag an. Die geplanten Sanktionen hätten ihr zufolge das Ziel, die Kosten für die russische Militäroperation in der Ukraine weiter zu erhöhen und Russland noch stärker von der Weltwirtschaft zu isolieren. Weitere Details nannte von der Leyen jedoch nicht. Wie westliche Medien aus "informierten Kreisen" erfahren haben wollen, arbeite die EU in Abstimmung mit den USA zudem an der Entziehung aller finanziellen Vergünstigungen Russlands bei der Welthandelsorganisation (WTO). Dies betreffe beispielsweise Russlands Status als "meistbegünstigte Nation".



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/622b6e14b480cc68df12d015.jpg>

17:20 de.rt.com: **Nationalisten sprengen Forschungsreaktor in Charkow**

Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums haben nationalistische Gruppierungen in der Nacht von Donnerstag auf Freitag in Charkow ein Gebäude des Instituts für Physik und Technologie in die Luft gesprengt. Vermutlich geschah dies in der Absicht, die nukleare Forschungsarbeit, die nach vorliegenden Informationen an diesem Institut lief, zu verschleiern. Bis zu 50 Menschen könnten unter den Trümmern begraben sein.

Generaloberst Michail Misinzew, Leiter des Nationalen Verteidigungsmanagementzentrums Russlands, erklärte, die Tat werde Kämpfern der Territorialverteidigung zugerechnet.

Meldungen über Explosionen auf dem Institutsgelände lagen bereits am späten Abend des 10. März vor, konnten aber zunächst nicht verifiziert werden. Die Internationale Atomenergiebehörde IAEA hatte bereits aus Anlass eines Brandes auf dem Gelände vor drei Tagen erklärt, dass von dem Forschungsreaktor auch im Falle seiner Zerstörung keine Gefahr für die Umwelt und die Bevölkerung ausgeht, da nur geringe Mengen spaltbaren Materials vorhanden seien.

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 18:45 Uhr am 11.3.22

Die Situation an der Kontaktlinie bleibt angespannt.

Die Artillerieeinheiten der bewaffneten Formationen der Ukraine verüben weiter zielgerichtet massive Schläge auf Wohngebiete von Ortschaften der Republik.

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner 25-mal das Feuer auf unser Territorium unter Einsatz von 122mm-Mehrfachraketenwerfern, 122mm-Rohrartillerie und 120mm- und 82mm-Mörsern sowie verschiedenen Granatwerfern **eröffnet**.

Unter Beschuss gerieten die Gebiete von **17 Ortschaften** der Republik.

Infolge der ukrainischen Aggression gibt es Opfer unter der Zivilbevölkerung. **Drei Zivilisten wurden verletzt**. Es wurden 22 Wohnhäuser und sechs Infrastrukturobjekte beschädigt.

Die Materialien zur Verletzung von Zivilisten und zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Vertreter der internationalen Organisationen sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Wir teilen der internationalen Öffentlichkeit weitere Fälle der **Einrichtung von Stationierungspunkten und Feuerstellungen durch ukrainische nationalistische Formationen auf dem Gebiet sozial bedeutsamer Objekte in Mariupol** mit: im Gebäude einer Kirche in der Uliza Karasjowskaja 22, im Schulkinderheim in der Uliza Asowstalskaja 150 und in Mehrparteienwohnhäusern in der Uliza Olimpijskaja 77 und 79.

Außerdem haben die „Asower“ in der Straße der Befreiersoldaten an den Kindergärten Nr. 1555 und Nr. 126 Feuerstellungen für Rohrartillerie eingerichtet.

Die Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien weiter Ortschaften von ukrainischen Nationalisten.

Bei Straßenkämpfen in Mariupol haben unsere Verteidiger **20 ukrainische Nationalisten vernichtet, mehr als 50 Kämpfer waren gezwungen auf das Gebiet des Stadtkrankenhauses Nr. 9 in der Uliza Gagarina 114/116 abzuziehen, wo auch die Entbindungsabteilung ist.**

Soldaten der Donezker Volksrepublik haben zwei von den Nationalisten zurückgelassene Panzer und einen Schützenpanzer eingenommen. Aus befreiten Häusern, in denen ukrainische Nationalisten stationiert waren, wurden **15 Einwohner, darunter fünf Kinder, evakuiert**.

Weil sie ihr Leben nicht für das nationalistische Regime opfern wollten, **haben 112 Soldaten der 53. und der 36. Brigade der ukrainischen Streitkräfte freiwillig die Waffen niedergelegt**. Ihr Leben ist durch nichts bedroht.

Ein weiteres Mal wende ich mich an alle Soldaten der ukrainischen Streitkräfte und erkläre offiziell, dass allen Soldaten der ukrainischen Streitkräfte, die freiwillig ihre Waffen niederlegen, eine menschliche Behandlung, medizinische Behandlung, Nahrung sowie Anrufe nach Hause garantiert sind.

Seit Beginn der besonderen Militäroperation sind 152 Soldaten der ukrainischen Streitkräfte freiwillig auf die Seite der DVR übergegangen, 19 davon befinden sich in medizinischen Einrichtungen, sie erhalten qualifizierte Behandlung.

Wir empfehlen, ihrem Beispiel zu folgen und sein Leben zu erhalten.

Seit Beginn der besonderen Militäroperation sind die **Verluste des Gegners** die folgenden:

95. Luftsturmbrigade – 72 Tote und 93 Verletzte;

25. Luftlandebrigade – 66 Tote und 89 Verletzte;

56. Panzergrenadierbrigade – 85 Tote und 116 Verletzte;

54. mechanisierte Brigade - 125 Tote und 135 Verletzte;

53. mechanisierte Brigade – 253 Tote, darunter der Brigadekommandeur, und 234 Verletzte;

36. Marineinfanteriebrigade – 223 Tote und 256 Verletzte;

12. operative Brigade der Nationalgarde der Ukraine – 165 Tote und 211 Verletzte.

Leider gibt es unter unseren Kampfgefährten, die an der Spezialoperation zur Befreiung des Donbass vom Bandera-Dreck beteiligt sind, Verluste, **fünf Verteidiger der Donezker Volksrepublik starben bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht, 16**

Kampfgenossen wurden verletzt.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

Gesondert will ich auf Verteidiger der Donezker Volksrepublik eingehen, deren Mut und

Kühnheit im Kampf gegen die ukrainischen Nationalisten ein Vorbild für die zukünftigen Generationen sein werden.

Am 7. März ist eine Panzermannschaft unter Kommando von Hauptmann Dmitrij Alexandrowitsch Lyssenkow als eine der ersten zum Eisenbahnknotenpunkt Wolnowacha vorgedrungen, wodurch sie den Durchbruch der grundlegenden Kräfte zur Einnahme und zum Halten des Gebiets des Bahnhofs absicherten. Am Morgen des 8. März unternahm eine Panzergruppe nationalistischer Einheiten des Gegners den Versuch, den Bahnhof zurückzuerobern. Die Mannschaft Dmitrij Lyssenkows, die eine taktisch günstige Position eingenommen hatte, ging entschieden in den Kampf gegen die erheblich überlegenen Kräfte des Feindes. Durch zielgerichtetes Feuer wurden drei Schützenpanzer und 15 Soldaten des Gegners vernichtet, was diesem erheblichen Schaden zufügte und verhinderte, dass er zum Bahnhof vordringen konnte. Während des Kampfes wurde der Panzer unter Kommando Lyssenkows von der Mannschaft eines amerikanischen mobilen Antipanzerraketenkomplexes „Javelin“ angegriffen, in der Folge erlitt Dmitrij eine Verletzung, aber verließ den Kampf nicht. Nachdem sie sich von der Funktionsfähigkeit der Technik überzeugt hatte, vernichtete die Mannschaft einen weiteren ukrainischen Panzer. Die mutigen und heldenhaften Handlungen von Hauptmann Dmitrij Lyssenkow verhinderten im Zusammenwirken mit seinem hohen Ausbildungsstand einen Durchbruch des Gegners und gewährleisteten die Umsetzung der Aufgabe zum Halten des Bahnhofs.

17:30 de.rt.com: **Lukaschenko bei Putin in Moskau eingetroffen: Westliche Sanktionen und Militäreinsatz in Ukraine sind Themen**

Bei dem Treffen der beiden Staatschefs am Freitag teilte Putin seinem weißrussischen Kollegen mit, dass es bei den Verhandlungen mit der Ukraine "positive Entwicklungen" gebe. "Ich werde Sie auf jeden Fall über die Lage in der Ukraine und vor allem über den Verlauf der Verhandlungen informieren, die jetzt fast täglich stattfinden. Wie mir unsere Unterhändler berichtet haben, gibt es dort einige positive Entwicklungen", sagte Putin dem weißrussischen Präsidenten beim öffentlichen Pressetermin im Kreml.

Der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko sagte, dass er den russischen Präsidenten über die ukrainischen Angriffspläne auf Weißrussland kurz vor Beginn der russischen Militäroperation am 24. Februar informieren möchte.

Ihm zufolge hätte die Ukraine nicht nur im Donbass, sondern auch in Weißrussland einen Angriff vorbereitet.

"Wenn sie (die russische Spezialoperation in der Ukraine – Anm. d. Red.) nicht einen Tag vorher gestartet worden wäre, glauben Sie mir, hätten wir in ein paar Tagen den ganzen Kelch mit riesigen Verlusten getrunken. Sie hatten sich nicht nur auf einen Angriff im Donbass vorbereitet, sondern auch Positionen für einen Angriff in Weißrussland ausgearbeitet", sagte Lukaschenko.

Er merkte an, dass die Menschen in Weißrussland und Russland in der gegenwärtigen Situation zu verstehen begännen, "was was ist und wer Recht hat".

Auch die westlichen boykottartigen Sanktionen gegen beide Staaten und der Umgang mit deren Folgen waren das Thema des Gesprächs. Lukaschenko hat diese als gesetzwidrig verurteilt. Gleichzeitig wies er darauf hin, dass die Sanktionen viele Möglichkeiten für Entwicklungen öffnen, die es zu nutzen gelte. Er erinnerte daran, dass die Sowjetunion jahrzehntelang unter Sanktionen gelebt hat und sich trotzdem erfolgreich entwickelt hätte.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/622b6dbd48fbef25696cbc9a.jpg>

17:41 de.rt.com: **Biden: Russland wird bei Einsatz chemischer Waffen in der Ukraine "hohen Preis" zahlen**

US-Präsident Joe Biden hat Russland am Freitag vor dem Einsatz chemischer Waffen in der Ukraine gewarnt. Russland werde einen "hohen Preis" zahlen, sollte der Kreml in der Ukraine chemische Waffen einsetzen.

"Ich werde nicht über die Geheimdienstinformationen sprechen, aber Russland wird einen hohen Preis zahlen, wenn es chemische Waffen einsetzt", sagte Biden gegenüber CNN. Zuvor hatte er bereits weitere Sanktionen und Exportkontrollen gegen Russland angekündigt.

Bis heute behauptet die US-Regierung, Russland habe sowohl bei der Vergiftung des russischen Oppositionsführers Alexei Nawalny im Jahr 2020 als auch bei der Vergiftung von Sergei und Julia Skripal in England im Jahr 2018 chemische Waffen eingesetzt. Beweise für die schwerwiegenden Anschuldigungen blieb die US-Regierung schuldig.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/622b795eb480cc68df12d024.jpg>

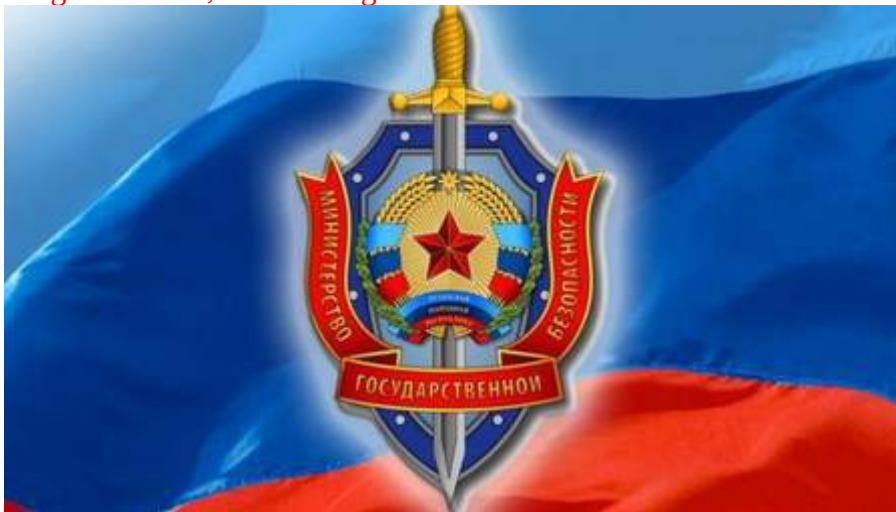
19:31 (17:31) novorosinform.org: **Der ehemalige Bürgermeister von Melitopol wurde vom Ministerium für Staatssicherheit der DVR festgenommen - er unterstützte die Nazisten**
Die Sicherheitskräfte der DVR stellten die Beteiligung von Iwan Fjodorow an der Finanzierung ukrainischer Terroristen fest.

Der frühere Bürgermeister von Melitopol, Iwan Fjodorow, wurde wegen des Verdachts der Finanzierung ukrainischer Neonazi-Gruppen festgenommen. Wladimir Rogow, ein Mitglied des Hauptrates der militärisch-zivilen Verwaltung der Region Saporoschje, schrieb darüber in seinem Telegram-Kanal.

Ihm zufolge haben die Ermittler der Generalstaatsanwaltschaft der LVR die Beteiligung von Iwan Sergejewitsch Fjodorow, geboren am 29. August 1988 in Melitopol, an terroristischen Aktivitäten festgestellt.

Laut der Untersuchung leistete Fjodorow als Bürgermeister von Melitopol finanzielle und andere Unterstützung für die in Russland verbotene Nazi-Organisation des Rechten Sektors bei der Begehung von Terroranschlägen und Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung der Volksrepubliken Donezk und Lugansk.

„Heute wurde Iwan Sergejewitsch Fjodorow, der der Beteiligung an terroristischen Aktivitäten beschuldigt wird, von Beamten des Ministeriums für Staatssicherheit der DVR festgenommen“, schrieb Rogow.



https://novorosinform.org/content/images/07/80/40780_720x405.jpg

17:41 de.rt.com: **Experte: Verbot von Technologieverkäufen nach Russland könnte weltweiten Mikrochip-Krieg auslösen**

Aufgrund der westlichen Sanktionen gegen Russland wird das Land von den Lieferungen von Halbleitern abgeschnitten. Laut einem IT-Experten benötige die weltweite Produktion von Computerchips jedoch einige Komponenten, die fast ausschließlich aus Russland kommen. Das Verbot von Technologieexporten nach Russland als Reaktion auf den Krieg in der Ukraine könnte weltweit auf alle Hersteller von Computerprozessoren und Halbleiterbauelementen zurückschlagen, da viele wichtige Vorprodukte und Komponenten für deren Herstellung ausschließlich in Russland hergestellt werden, warnte der Branchenexperte Oleg Isumrudow. Der Leiter des Konsortiums der russischen Entwickler von Datenspeichersystemen erklärte:

"Das Verbot von Fertigprodukten für Russland wird zu einem Vergeltungsverbot für die Lieferung von Produktionskomponenten führen und damit einen akuten Mangel an Mikroprozessoren für die ganze Welt verursachen. Im Vergleich dazu war die Versorgungsunterbrechung Ende 2021 relativ glimpflich verlaufen."

Seine Äußerung erfolgte, nachdem die weltweit größten Hersteller von Computerprozessoren und Halbleiterbauelementen angekündigt hatten, sich als Firmen den staatlichen Sanktionen gegen Russland wegen dessen Militäraktion in der Ukraine anzuschließen. Eine Reihe von Technologiefirmen hat ihre Produktlieferungen nach Russland gestoppt, darunter die US-Konzerne AMD und Intel. Der weltgrößte Halbleiterchiphersteller TSMC stellte die Produktion der russischen Mikroprozessoren Baikal und Elbrus in seinem taiwanesischen

Werk ein.

Während globale Technologiekonzerne ihre Abkehr von Russland ankündigen, ist Isumrudow der Meinung, dass mögliche russische Vergeltungsmaßnahmen "fast die ganze Welt ohne Mikroelektronik zurücklassen" könnten.

Dem Experten zufolge entfallen auf Russland 80 Prozent des Marktes für Saphirsubstrate – dünne Platten aus synthetischem Korund, die in "jedem Prozessor der Welt" verwendet werden – einschließlich jener, die von AMD und Intel hergestellt werden. Er hob hervor: "Noch stärker ist unsere Position bei der speziellen Chip-Ätzchemie, die hochreine Komponenten verwendet. Auf Russland entfallen 100 Prozent des weltweiten Angebots an verschiedenen Seltenen Erden, die für diese Zwecke verwendet werden."

Ihm zufolge seien russische Komponenten für die Herstellung von Halbleitern kaum zu ersetzen. Er fügte hinzu:

"Es ist unmöglich, über Sanktionen gegen die russische Mikroelektronik zu sprechen, ohne über die globale Mikroelektronik zu sprechen."

"Es wird nicht möglich sein, [Russland] abrupt durch eine alternative Substratproduktionsstätte zu ersetzen, und es gibt keine Möglichkeit, seltene Erden aus Russland zu ersetzen."

Laut Isumrudow betrage der Zeitrahmen für die Gewährleistung der Qualität jener Saphirsubstrate, die beispielsweise für Mikrochips benötigt werden, 30 Jahre kontinuierlicher Produktion. Die Anlagen, in denen sie hergestellt werden können, müssen sich in einem Gebiet befinden, in dem es so gut wie keine seismischen Aktivitäten gibt. Das bedeute, dass die Produkte der Komponenten von Unternehmen im seismisch aktiven Kalifornien oder in Taiwan denen aus Russland "in Bezug auf Qualität und Volumen dem in der Industrie geforderten Niveau deutlich unterlegen sind".

Dem Experten zufolge hat Russland selbst im schlimmsten Fall, wenn es den westlichen Staaten gelingt, das Land von seinen bestehenden Technologiepartnern abzuschneiden, eine Reihe von Absicherungsoptionen, um "im Falle eines Falles" die Industrie neu auszurichten. Die erste Option ist die Zusammenarbeit mit der auf dem chinesischen Festland ansässigen Semiconductor Manufacturing International Corporation (SMIC) und deren AMEC-Werk. Zwar sei sie derzeit dem taiwanesischen TSMC noch unterlegen, was aber "nur vorübergehend" sei.

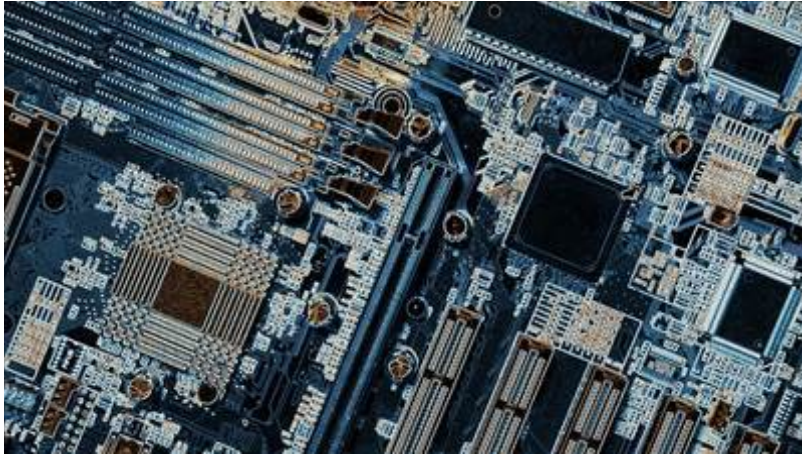
Neben China könne auch Indien zu einem "Partner mit großem Potenzial in der IT im Allgemeinen und der Mikroelektronik im Besonderen" werden. Der Experte bezeichnete die Möglichkeit einer technologischen Kooperation Russlands mit Indien als "sehr vielversprechend" und erklärte:

"Das Land ist daran interessiert, in den globalen Markt einzutreten, es verfügt über alle dafür notwendigen Grundelemente, insbesondere die Humanressourcen. Man braucht nur auf die Zahl der Inder im Topmanagement von IT-Giganten und Start-ups zu achten, auch im Bereich der Mikroelektronik."

Laut Isumrudow gibt es noch eine dritte Möglichkeit, die in der Schaffung neuer Technologien innerhalb Russlands liege.

"Neben rein geostrategischen Lösungen für das Problem gibt es auch die Möglichkeit, einen völlig neuen technologischen Ansatz für die Produktion von Halbleitern zu schaffen."

Er regte an, Silizium als Halbleitermaterial durch Galliumarsenid zu ersetzen, ein Halbleitermaterial, das ohnehin in der Infrarotoptik und der Mikroelektronik verwendet wird und das die Herstellung von 3D-Chiparchitekturen anstelle des derzeit überwiegenden 2D-Waferdrucks ermöglichen würde und erleichtern könnte. Die Produktion solcher Lösungen wurde in der russischen Stadt Perm längst für den Bedarf des Verteidigungsministeriums eingerichtet, so der Experte. Er fügte hinzu, dass die Technologie auch großes Potenzial für zivile Anwendungen hat und bereits erforscht wird.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/622a017548fbef547a76d98f.jpg>

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.**

Kommunikationstechniker haben die Mobilfunkverbindung von „Phönix“ in Kominternowo, Talakowka, Lebedinskoje und teilweise in Sartana gewährleistet. Die Basisstation Andrejewka wurde gewartet, nötig ist der Austausch von Komponenten und Stromkabeln, die Arbeiten werden fortgesetzt. In Mirnoje wurden der Bevölkerung 184 Sim-Karten für „Phönix“ kostenlos übergeben.

Die Post des Donbass hat Renten und Sozialunterstützung in Granitnoje (375 Empfänger) und Staroignatjewka (194 Empfänger) ausgezahlt. Die Annahme von Dokumenten für Rentenzahlungen geht weiter, es wurden 283 Anträge aus Staroignatjewka, Mirnoje und Granitnoje angenommen.

Das Gesundheitsministerium der DVR teilt mit, dass der Minister Alexandr Oprischtschenko nach Mirnoje, Staroignatjewka und Granitnoje gefahren ist, wo er die Organisation der Arbeit der Gesundheitseinrichtungen kontrolliert hat. Der Bevölkerung wurde humanitäre Hilfe in Form notwendiger Medikamente übergeben.

In Sarja wurde das Gebäude des Ambulatoriums kontrolliert, die Einrichtung erhielt zusätzliches Personal. In Kaltschika und Kirillowka wurden die Sanitätspunkte kontrolliert, das Ambulatorium wurde zusätzlich ausgestattet, Pflegepersonal macht Hausbesuche bei Patienten. Es wurde festgestellt, dass der Sanitätspunkt in Pawlopol zerstört ist, die Patienten werden im Gebäude des Klubs empfangen.

In Talakwoka, Gnutowo, Nikolajewka, Nowoignjatjewka und Bugas wurden Proben an 15 öffentlichen Brunnen genommen, um den epidemiologischen Zustand zu analysieren.

Das Verkehrsministerium der DVR setzt die Arbeiten zur Errichtung einer provisorischen Brücke über den Kalmius zwischen Telmanowo und Granitnoje fort, teilweise wurde das Geländer der Fußgängerbrücke konstruiert.

Eine Buslinie aus Donezk nach Telmanowo wurde eingerichtet mit Haltestellen in den befreiten Ortschaften.

Das Zivilschutzministerium der DVR sucht und entschärft weiter explosive Objekte im Gebiet von Grigorowka, Sachanka, Starolaspa und Mirnoje. Es wurden 5171 Hektar untersucht und 500 Quadratmeter Gebäude. Es wurden 64 Geschosse gefunden.

Die Zivilschutzkräfte der Verwaltung des Telmanowo-Bezirks der DVR haben Waren zur Zusammenstellung von 1000 Lebensmittelpaketen übergeben.

In Primorskoje, Pionerskoje, Lebedinskoje und Winogroadnoje hat die Bevölkerung 1000 Lebensmittelpakete erhalten.

Die Elektrizitätswerke nehmen die Hochspannungsleitungen unter Umspannwerke in den befreiten Ortschaften wieder in Betrieb. „Donbassgas“ hat die Bevölkerung von Nikolajewka

und Andrejewka mit humanitärer Hilfe in Form von Flüssiggas in Flaschen (48 Flaschen mit insgesamt 960 l Gas) unterstützt.

Das Innenministerium und Militärkommandantur der DVR kontrollieren weiter die Ausweise und gewährleisten die öffentliche Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Wir bitten die Einwohner der DVR ihre Aufmerksamkeit besonders auf das Erscheinen folgender Personen in Ortschaften zu richten:

- Personen, die sich leerstehenden Gebäuden einrichten;
- die sich vor Ort schlecht orientieren;
- die sich Gesprächen mit den örtlichen Einwohnern entziehen;
- die eine für die Ortschaft ungewöhnliche Sprache haben;
- sich in kleinen Gruppen in der Nachtzeit bewegen;
- die in offensichtlich nicht zusammenpassende Kleidungsstücke oder von der Größe offensichtlich nicht passende Kleidung gekleidet sind;
- die sich an örtliche Einwohner mit ungewöhnlichen Bitten wenden (die Bezeichnung der Ortschaft zu nennen, ein Telefon für einen Anruf zu leihen, für Waren und Dienstleistungen in ukrainischen Griwna oder anderen ausländischen Währungen zu zahlen u.s.w.).

Bei derartigen Informationen bitten wir darum, sich an die folgenden Nummern des Staatssicherheitsministeriums zu wenden. ...

17:55 de.rt.com: **Nach der Einnahme: kein einziges Gebäude in Wolnowacha mehr unbeschädigt**

In Wolnowacha, das sich nun unter Kontrolle der DVR-Einheiten befindet, sei aufgrund des Beschusses durch die ukrainischen Streitkräfte kein einziges Gebäude mehr intakt. Die Zerstörung sei kolossal, [berichtet](#) RIA Novosti.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/622b714eb480cc68df12d017.png>

abends:

18:40 de.rt.com: **UNO: Biowaffenprogramme in der Ukraine nicht bekannt**

Einer dpa-Meldung zufolge haben die Vereinten Nationen bekräftigt, nichts über in der Ukraine produzierte Biowaffen zu wissen.

"Mir sind Medienberichte über Vorwürfe von Biowaffenprogrammen bekannt. Den UN sind keine Biowaffenprogramme bekannt."

Dies erklärte Izumi Nakamitsu, die Leiterin des UN-Büros für Abrüstungsfragen, am Freitag bei einer Dringlichkeitssitzung des UN-Sicherheitsrates in New York.

Hintergrund ist Russlands Vorwurf an die USA und die Ukraine, an der Entwicklung biologischer Waffen zu arbeiten. Internationale Faktenchecker hätten entsprechende

Behauptungen teilweise entkräftet, heißt es in der Agenturmeldung. Auch die UN teilten zuvor bereits mit, sie wüssten nichts über angeblich in der Ukraine produzierte Massenvernichtungswaffen. Die USA sprechen von "Propaganda" und einem möglichen Vorwand der Russen, selbst Massenvernichtungswaffen im Ukraine-Krieg einzusetzen. Es ist bereits die achte Dringlichkeitssitzung des mächtigsten UN-Gremiums seit der Eskalation in der Ukraine – allerdings die erste von Moskau angefragte.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/622b84c548fbef25696cbcbd.jpg>

18:46 de.rt.com: **Chefs der US-Geheimdienste weisen Vorwürfe Russlands bezüglich Biowaffenlaboren in Ukraine zurück**

Auf einer Tagung des US-Senats, an der auch die Geheimdienst-Chefs teilnahmen, wurde die Sicherheitslage angesichts des Ukraine-Krieges diskutiert. Auch die russischen Vorwürfe bezüglich einer angeblichen Entwicklung von Biowaffen in der Ukraine, im Auftrag der USA, kamen dabei zur Sprache.

In dieser Woche hat das russische Verteidigungsministerium erklärt, die russischen Streitkräfte in der Ukraine hätten Beweise dafür gefunden, dass in einem Netz von Laboren auf dem ukrainischen Territorium an der Entwicklung von Biowaffen gearbeitet worden sei. Dabei sei auch der Einfluss verschiedener Krankheitserreger auf diverse ethnische Gruppen erforscht worden. Der russischen Seite zufolge hätten die USA bei diesen Forschungen angeblich die Schirmherrschaft innegehabt und sie finanziert.

Am Donnerstag fand vor diesem Hintergrund im US-Senat eine Tagung statt, an der auch die Geheimdienst-Chefs teilnahmen. Sie wiesen die Vorwürfe entschieden zurück, dass in der Ukraine eine Biowaffenforschung und -entwicklung im Auftrag Washingtons stattfindet.

Avril Haines, die Direktorin von National Intelligence, eines Zusammenschlusses der 17 US-amerikanischen Nachrichtendienste, sagte gegenüber dem Geheimdienst-Ausschuss des Senats, dass die Ukraine tatsächlich "etwas mehr als ein Dutzend Biolabore" betreibe. Sie räumte ein, dass die USA den Einrichtungen zumindest in der Vergangenheit "Hilfe geleistet" hätten. Besagte "Hilfe" habe allerdings nur "im Zusammenhang mit Bio-Sicherheit" stattgefunden, behauptete sie. Zudem erklärte Haines, dass diese Unterstützung "etwas war, was wir mit einer Vielzahl verschiedener Länder getan haben." Und weiter:

"Wir gehen nicht davon aus, dass die Ukraine biologische oder nukleare Waffen anstrebt."

Die Anschuldigungen vonseiten Moskaus bezeichnete Haines als "klassischen Schachzug der Russen." Dieser Argumentation schloss sich William Burns, CIA-Direktor und ehemaliger US-Botschafter in Moskau, an. Er beschuldigte Russland seinerseits, selbst biologische und chemische Waffen zu besitzen, und äußerte er die Vermutung, dass die Vorwürfe ein Auftakt für "Operationen unter falscher Flagge" mit den illegalen Waffen seien.

In den letzten Tagen hatten mehrere hochrangige US-Beamte Moskaus Anschuldigungen kommentiert und die Vorwürfe zurückgewiesen. Die US-Vizestaatssekretärin Victoria Nuland

hatte hingegen bestätigt, dass Washington an Bemühungen beteiligt war, die sicherstellen sollten, dass keine "Materialien" aus den Bio-Laboren in die Hände Russlands gelangten. Sie äußerte sich aber nicht konkret über das Ziel der Forschungen in diesen Laboren, und sagte auch nicht, inwieweit die USA an diesen Aktivitäten beteiligt waren.

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij erklärte hingegen, die Labore in der Ukraine seien bereits seit der sowjetischen Zeit in Betrieb und beschäftigten sich mit der Erforschung von Krankheitserregern. Das habe jedoch nichts mit der Entwicklung von Biowaffen tun.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/622b4c5d48fbef60740a1478.jpg>

19:19 de.rt.com: **"Komm schon, Russe" – Deutsche Panzerfaust 3 kommt bei den Kämpfen um Kiew zum Einsatz**

Die ukrainischen Streitkräfte sind inzwischen in den Besitz deutscher Panzerabwehrwaffen gekommen. Das geht aus Videos hervor, die vermutlich in den Wäldern bei Kiew aufgenommen wurden. Die Kämpfer freuen sich bereits auf "Treffen" mit den Russen, und die Trophäen.

Die Bundesregierung hatte am 27. Februar [beschlossen](#), für den Kampf gegen die russischen Truppen 1.000 Panzerabwehrwaffen sowie 500 Boden-Luft-Raketen an die Ukraine zu liefern. Inzwischen sind die Waffen bei den ukrainischen Streitkräften angekommen. Das geht aus Fotos und Videos hervor, die Kämpfer der ukrainischen Milizeinheiten im Internet verbreiten.

So postete am Mittwoch der ukrainische Telegram-Kanal "[Черговий ООС](#)" ein [Video](#) mit Kämpfern der Kiewer Territorialverteidigung, die mit dem deutschen Militärgerät protzten. Einer von ihnen steht mitten im Wald und hält die Panzerfaust 3 in Händen. Er wendet sich an die russischen Soldaten und sagt:

"Na, Russen, lasst uns mal quatschen, ihr Schwuchteln. Ihr sagtet, dass wir sterben, aber wir sind bester Gesundheit. Kommt schon, wir warten auf eure Panzer – wir brauchen Trophäen. Wir machen euch fertig."

Es gibt noch weitere Belege für die deutsche Lieferung, die in den sozialen Medien geteilt werden. Auf im Internet kursierenden Bildern ist zu sehen, wie die Waffen mit privaten Fahrzeugen ins Kriegsgebiet geliefert werden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/622b329648fbef10ac19d1c2.jpg>

19:42 de.rt.com: **Kommandeur der US-Atomstreitkräfte: Sind bereit, "Ziele" des US-Präsidenten zu erreichen**

Der Kommandeur der US-Atomstreitkräfte hat versichert, auf jede mögliche Eskalationsstufe des Ukraine-Krieges vorbereitet zu sein. Demnach habe er jede dortige Bewegung des russischen Präsidenten im Auge und sei bei Bedarf bereit, entsprechend zu reagieren. Mit Blick auf die Geschehnisse in der Ukraine hat der oberste Kommandeur der US-Atomstreitkräfte (STRATCOM) dem US-Streitkräfteausschuss am Dienstag die sofortige Einsatzbereitschaft der ihm unterstellten Einheiten im Falle eines Notfalls versichert.

"Die US-Atomstreitkräfte sind auf jeden Einsatz vorbereitet", sagte der für das US-Atomwaffenarsenal zuständige Kommandeur, Admiral Charles Richard, vor dem Streitkräfteausschuss des US-Senats. Richard warnte die dort anwesenden Senatoren, dass die "neue russische Aggression in Europa" und die "aufstrebende Atommacht China" die Welt in eine "noch nie dagewesene Gefahr" bringen könnten.

"Wir haben es heute mit zwei nuklear bewaffneten Beinahe-Gegnern zu tun, die in der Lage sind, jederzeit einseitig, in jedem Bereich der Welt und mit jedem Instrument der nationalen Macht zu eskalieren", führte Richard, der seit 2019 das Strategische Kommando der Vereinigten Staaten leitet, fort. Der Admiral ergänzte: "Eine solche Situation haben wir in unserer Geschichte noch nie erlebt."

Demnach hätten ihn die jüngst erfolgten jeweiligen Schritte Russlands und Chinas, darunter Tests von Hyperschallwaffen der nächsten Generation, Investitionen in andere nukleare Modernisierungsmaßnahmen, der Anstieg abgehaltener Nuklearübungen sowie Russlands "Angriff" auf die Ukraine, alarmiert.

Russland hatte seine Atomstreitkräfte Ende Februar in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt, nachdem "aggressive Äußerungen des Westens" auf eine entsprechende Bedrohungslage hingedeutet hatten. Der Westen, insbesondere die USA, unterstellten Russland daraufhin, der russische Präsident Wladimir Putin sei gar auf einen Einsatz von Atomraketen vorbereitet. Die Beantwortung der meisten Senatoren-Fragen zum laufenden Konflikt in der Ukraine lehnte Richard im öffentlichen Teil der Ausschusssitzung mit Verweis auf ein bestehendes Geheimhaltungsinteresse ab und bestand darauf, auf diese erst im nicht-öffentlichen Teil der Sitzung näher eingehen zu wollen. Jedoch deutete Richard an, dass er dabei sei, Putins vergangene Handlungen genau zu analysieren, um dessen nächste Schritte bestmöglich vorhersagen und entsprechend reagieren zu können.

Weiter räumte der Kommandeur der Atomstreitkräfte vor den Senatoren ein, dass sich sein Kommando bereits seit Längerem auf ein Szenario wie das durch Putin in der Ukraine in Gang gesetzte vorbereite. Demnach habe STRATCOM trainiert, auf einen "begrenzten Einsatz von Nuklearwaffen in einem konventionellen Aggressionsszenario" ähnlich Putins

"Angriff" auf die Ukraine zu reagieren, sagte Richard. Bislang, so der Kommandant, sei nichts passiert, "das wir nicht vorausgesehen, woran wir nicht gedacht und worauf wir uns nicht vorbereitet hätten".

Wenn es darauf ankomme, versicherte Richard, seien seine Streitkräfte bereit, alles zu tun, was "Präsident Joe Biden von uns verlangt".

Weiter erklärte Richard den US-Senatoren, dass China im letzten Herbst zu einer voll nuklearfähigen Macht geworden sei und seine nukleare Unternehmung in "atemberaubender Weise" weiter ausgebaut habe. Dabei habe China "undurchsichtige Absichten", wie es diese Kräfte und Fähigkeiten in Zukunft einsetzen könnte.

Trotz seiner wachsenden Nuklearmacht bleibe Chinas Atombombenarsenal jedoch viel kleiner als das Russlands oder der Vereinigten Staaten. Nichtsdestotrotz bedeuteten die neuen Fähigkeiten Chinas, dass das US-Verteidigungsministerium härter denn je daran arbeiten müsse, einen Atomkrieg zu verhindern, resümierte der STRATCOM-Chef.

"Jeden Tag denken wir über ihr Entscheidungskalkül nach und darüber, was wir tun müssen, um es so zu beeinflussen, dass sie im Grunde genommen sagen: 'Heute nicht'", führte Richard fort:

"Im Moment muss man sich ansehen, was an einem Ort passiert, und dann rübergehen und sehen, was das bewirkt, um das Entscheidungskalkül zu ändern, und seine Botschaften zu ändern, möglicherweise seine Haltung zu ändern. Und STRATCOM muss dies mit veralteten Atomwaffen und Infrastrukturen tun."

Daraufhin forderte Richard die US-Senatoren auf, einen vollständigen Haushalt für das Haushaltsjahr 2022 zu verabschieden, in dem die vom Pentagon für den Bau moderner nuklearfähiger Interkontinentalraketen und neuer Klassen von Atombombern und U-Booten benötigten Mittel erhöht werden.

Während Russland und China bereits Atomwaffen der neusten Generation im Einsatz haben, setzen die Vereinigten Staaten weiterhin auf jahrzehntealte Atomwaffen und Trägersysteme, darunter die Minuteman III und B-52-Bomber, die erstmals in den 1960er-Jahren eingesetzt wurden. "Die heutigen Nuklearstreitkräfte sind das Minimum, um unsere nationale Strategie zu verwirklichen", sagte Richard:

"Wir müssen die nukleare Triade, den Kernwaffenkomplex und die unterstützende Infrastruktur modernisieren, um die Ziele des Präsidenten zu erreichen. Und obwohl die Modernisierung Priorität haben muss, darf man sich nicht täuschen: Die Streitkräfte des STRATCOM sind heute bereit."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/622b531848fbef5b64406c74.jpg>